

Wortprotokoll

Öffentliche Sitzung

Ausschuss für Wirtschaft, Energie und Betriebe

15. Sitzung
23. November 2022

Beginn: 14.05 Uhr
Schluss: 17.01 Uhr
Vorsitz: Jörg Stroedter (SPD), stellv. Vorsitzender

Vor Eintritt in die Tagesordnung

Siehe Beschlussprotokoll.

Punkt 1 der Tagesordnung

Aktuelle Viertelstunde

Siehe Inhaltsprotokoll.

Punkt 2 der Tagesordnung

Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs
Sachstand Corona-Regeln und Hilfen
(auf Antrag aller Fraktionen)

[0021](#)
WiEnBe

Siehe Inhaltsprotokoll.

Punkt 3 der Tagesordnung

Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs
**Sachstand der Energieeinsparungsbemühungen des
Landes Berlin sowie der Auswirkungen der sich
zuspitzenden Energiekrise auf die Berliner
Unternehmen und die landeseigenen Betriebe**
(auf Antrag aller Fraktionen)

[0075](#)
WiEnBe

Siehe Inhaltsprotokoll.

Punkt 4 der Tagesordnung

Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs
**Unterstützung und Förderung des Berliner
Handwerks**
(auf Antrag der Fraktion der SPD, der Fraktion Bündnis
90/Die Grünen und der Fraktion Die Linke)

[0030](#)
WiEnBe

Hierzu: Anhörung

Vorsitzender Jörg Stroedter: Zu diesem Punkt begrüße ich jetzt unsere Gäste, zum einen Herrn Dr. Martin Altemeyer-Bartscher, Leiter der Abteilung Wirtschaftspolitik der Handwerkskammer Berlin. Herzlich willkommen hier bei uns! Zum Zweiten begrüße ich Frau Jule Kürschner, Geschäftsführerin der Tischleria GmbH. Dann begrüße ich Herrn Thomas Lundt, Obermeister, Kfz-Innung Berlin und Geschäftsführer der Lundtauto Sportwagen Service GmbH. Auch Ihnen herzlich willkommen! Ich begrüße außerdem Frau Dr. Manja Schreiner, Hauptgeschäftsführerin der Fachgemeinschaft Bau Berlin und Brandenburg e. V. Ich glaube, Sie waren erst vor Kurzem bei uns. Vielen Dank, dass Sie wieder da sind! Dann begrüße ich Herrn Henrik Vagt, Geschäftsführer für Wirtschaft und Politik der Industrie- und Handelskammer zu Berlin. Auch Ihnen herzlich willkommen!

Dann frage ich vorab: Soll es ein Wortprotokoll geben? Das ist sicherlich gewünscht. – Es gibt keinen Widerspruch.

Wir kommen zur Begründung der Koalitionsfraktionen. Wer möchte die Begründung zu dem Punkt „Unterstützung und Förderung des Berliner Handwerks“ machen? – Herr Kollege Wapler, bitte, dann haben Sie das Wort!

Christoph Wapler (GRÜNE): Vielen Dank, Herr Vorsitzender! – Wir haben den Punkt aufgerufen, weil, ich glaube, uns allen parteiübergreifend wichtig ist, dass wir die Zukunftsfähigkeit des Handwerks sichern. Das Handwerk ist auch in Berlin sehr heterogen aufgestellt. Wir reden im Zusammenhang mit den Energiekosten über Bäckereien, das geht hin zu Heizungsinstallateurbetrieben und ihre Rolle in der Energiewende. Das geht von durchaus größeren Betrieben bis hin zum Kleinstbetrieb. Wir glauben, insbesondere als Grüne, dass das Handwerk eine tragende Rolle bei der ökologischen Wende spielt. Wir glauben, in der ökologischen Transformation liegt auch eine unglaublich große Chance für das Handwerk.

Wir sehen gleichzeitig, dass wir auch im Handwerk verstärkte Anstrengungen brauchen, um die Ausbildung gezielt zu fördern, die Rahmenbedingungen für die Ausbildung zu verbessern und die Förderungen von Aus- und Weiterbildung deutlich aufzustocken. Ich glaube, Handwerksberufe müssen attraktiver werden. Da muss wohl auch ein gesellschaftlicher Wandel stattfinden, dass wir zu einer Gleichwertigkeit von beruflicher und akademischer Bildung kommen. Das sind alles Fragen, die wir heute gerne mit den Anzuhörenden besprechen möchten. Ich freue mich auf die Anhörung, begrüße Sie alle herzlich bei uns und bin sehr gespannt.

Vorsitzender Jörg Stroedter: Vielen Dank, Herr Kollege Wapler, für die Begründung! – Dann gehen wir jetzt in die Anhörung. Sie sehen, wir haben wieder fünf Anzuhörende. Das ist eine Menge. Wir müssen trotzdem mit unserem zeitlichen Ablauf in der Sitzung klarkommen. Deshalb würde ich Sie bitten, Ihre Eingangsstatements zwischen fünf und sieben Minuten, wirklich nicht länger, zu halten, damit wir die Möglichkeit haben, Ihnen Fragen zu stellen, die Sie dann in der zweiten Runde beantworten können.

Ich fange mit Herrn Dr. Altemeyer-Bartscher an. – Sie haben als Erster das Wort, bitte sehr!

Dr. Martin Altemeyer-Bartscher (Handwerkskammer Berlin): Vielen Dank, Herr Vorsitzender! – Die multiplen Krisen verursachen derzeit enorme Belastungen für das Handwerk und bringen viele Berliner Betriebe in existenzielle Bedrängnis. Deshalb steht heute die Frage im Raum, mit welchen landespolitischen Maßnahmen, flankierend zu den Bundeshilfen, die gerade noch in der Ressortabstimmung sind, das Handwerk hinreichend unterstützt werden kann.

Auf der Zeitachse betrachtet gibt es zwei zentrale Unterstützungsbedarfe. Das sind Härtefallhilfen für energieintensive Betriebe in der aktuellen Krise, also wirklich Hilfen, die in den nächsten Wochen notwendig sind. Das ist dann natürlich auch – das wurde schon gerade in der Begründung genannt – die Stärkung des Berliner Handwerks für Zukunftsaufgaben, darunter natürlich die Klimaneutralität und die Demografie, aber natürlich auch die Vorbereitung auf das New Normal, das heißt, die neue energiepolitische und geopolitische Wirklichkeit, auf die wir uns einstellen müssen. Das ist die mittelfristige Dimension.

Kommen wir zunächst zu den Härtefallhilfen! Damit meine ich finanzielle Unterstützungen für energiepolitische Handwerksbetriebe, die bereits seit einigen Monaten durch hohe Energiekosten belastet sind und die ihre Mehrkosten nur bedingt an die Kunden weitergeben können. Dadurch bahnt sich in den Unternehmen eine finanzielle Schieflage an. Schnelle Hilfen sind deshalb geboten, sonst drohen Schließungen von ansonsten wettbewerbsfähigen Unternehmen. Das wesentliche Ziel sollte also eine zügige Unterstützung sein, nach dem Grundsatz: Wer schnell hilft, hilft doppelt. – Herr Schwarz hat es eben schon genannt, es ist vieles noch in der Diskussion.

Deswegen geht es wahrscheinlich auch darum, auf landespolitischer Ebene ein bisschen die Lücken zu füllen, die vom Bund noch gelassen werden. Wenn es Lücken gibt, dann sollten es direkte Zuwendungen sein, keine Kreditprogramme. Diese Zuwendungen sollten möglichst keinen langen Anforderungskatalog haben, denn solche langen Anforderungskataloge verursachen natürlich eine aufwendige Prüfung, und das dauert lange und wir kommen nicht zu einer schnellen Hilfe. Vielleicht könnte als Stellvertretervariable für den Grad der Belastung

die Energiekostenquote des Vorjahres herangezogen werden. Das ist, glaube ich, eine ganz gute Variable in diesem Fall.

Es geht also nicht darum, den Bund aus der Pflicht zu nehmen oder in Berlin doppelt zu helfen, sondern ich denke, wir müssen abwarten, wie der MPK-Beschluss aussieht und dann entsprechend Lücken füllen oder in Vorleistung gehen, wenn Zahlungen erst später kommen, um Liquiditätsengpässe in den Berliner Unternehmen zu verhindern. Das Berliner Handwerk muss diese akute Krise möglichst schnell hinter sich bringen, denn es stehen noch wichtige Zukunftsaufgaben bevor. Das neue energiepolitische New Normal erfordert wichtige Transformationsprozesse. Die werden jetzt in der aktuellen Situation natürlich noch mal beschleunigt. Das bedeutet für das Handwerk natürlich besondere Aufgaben. Das Handwerk ist hier praktischer Umsetzer des Fuel Switch von Gas und Öl zu alternativen Energieformen, natürlich auch praktischer Umsetzer, wenn es um die energetische Sanierung von Gebäuden in Berlin geht.

Vor diesem Hintergrund und diesen großen Aufgaben stellt sich natürlich die Frage, wie man einen guten Rahmen für die Betriebe schaffen kann. Ich will jetzt hier nicht ins Detail gehen, ich bleibe auf einer Flughöhe. Ich denke, ich habe noch ein paar Nachredner, die auch darauf eingehen, deswegen hier ein paar Schlagworte. Ich glaube, es ist wichtig, dass wir einen stärkeren politischen Fokus auf das gewerbliche Flächenmanagement setzen. Dazu wird gleich noch Frau Kürschner ein gutes Fallbeispiel bringen. Ein gutes Fallbeispiel ist meist das Beste in solchen Diskussionen. Wenn wir über den Fuel Switch sprechen, brauchen wir natürlich die hinreichenden Anschlusskapazitäten für Strom, sonst kann man diesen Fuel Switch nicht reibungslos umsetzen.

Die Berufsorientierungsmaßnahmen in den Schulen – es wurde gerade schon im Eingangstatement erwähnt – sollten auf jeden Fall intensiviert werden. Es werden schon extreme Anstrengungen geleistet, aber das müsste man auch noch mal intensivieren. Wir müssen junge Leute überzeugen, wie spannend die Berufe im Handwerk sind und welchen gesellschaftlichen Beitrag man hier leisten kann. Das muss man den jungen Leuten noch besser vor Augen führen. Ich glaube, da sind noch einige Anstrengungen zu leisten.

Das war sicherlich jetzt erst mal nur die Spitze des Eisbergs. Die Handwerkskammer wirbt dafür, konkrete Maßnahmen im „Aktionsprogramm Handwerk“ weiter zu entwickeln, Maßnahmen, die dann im engen Austausch mit der Politik und der Verwaltung umgesetzt werden können. Das hat sich in der Vergangenheit als Erfolgsmodell erwiesen, und das wird sicherlich auch in Zukunft gute Potenziale haben. Im Jahr 2024 wird dieses Programm novelliert. Hier gibt es sicherlich gute Möglichkeiten, diesen Fokus, diese großen Aufgaben, die wir hier in Berlin haben, im „Aktionsprogramm Handwerk“ stark zu verorten. – Vielen Dank!

Vorsitzender Jörg Stroedter: Vielen Dank für Ihre Stellungnahme! – Dann machen wir weiter mit Frau Kürschner. – Bitte, Sie haben das Wort!

Jule Kürschner (Tischleria GmbH): Guten Tag! Ich bin Jule Kürschner von der Tischleria. Tatsächlich bin ich etwas aufgeregt und überhaupt nicht so richtig geübt in irgendwelchen Vorträgen. Ich würde mich einfach mal auf ein Thema fokussieren, das uns am meisten betrifft, das ist die Gewerbesituation der Betriebe in Berlin, weil wir persönlich betroffen sind. Für uns geht es um den Erhalt unserer Firma und darum, einen Standort für uns zu erhalten.

Wir sind eine Tischlerei mit acht Mitarbeiterinnen. Wir sind in den letzten fünf Jahren jetzt das zweite Mal davon betroffen, unseren Standort zu verlieren. Durch die vielen Gespräche, die wir geführt haben, ist uns sehr klar, dass wir nicht die Einzigen sind, die davon betroffen sind. Es stellt sich immer mehr heraus, es wird immer klarer, dass jede Fläche, die vom produzierenden Handwerk frei wird, dem produzierenden Handwerk in Zukunft nicht mehr zur Verfügung steht, zumindest nicht zu den Preisen, die zum Beispiel wir als Betrieb bezahlen könnten. An der Stelle würde ich mir sehr wünschen, dass der Lage, der Situation in der Richtung eine viel größere Aufmerksamkeit gegeben werden würde und eine Ideen- und Lösungsfindung angedacht wird. Denn das betrifft die Fachkräfte, die dann einfach keine Arbeit mehr haben. Es betrifft die Ausbildungssituation. Es wird dann immer weniger Betriebe geben, die ausbilden können. Das, was wir für die Zukunft für die Stadt brauchen, all die Probleme, die zu lösen sind, werden nicht mehr zu lösen sein, wenn wir keine Lösungen finden, wie für das Handwerk in der Stadt Standorte erhalten werden können. – Danke!

Vorsitzender Jörg Stroedter: Vielen Dank, Frau Kürschner, für Ihre Stellungnahme! – Wir machen dann mit Herrn Lundt weiter. – Bitte sehr!

Thomas Lundt (Kfz-Innung Berlin): Ich schließe mich dem an. Ergänzend dazu möchte ich noch – leider muss ich das machen – die Verkehrspolitik ansprechen. Wir kastrieren immer mehr Straßen für den Verkehr und für Abstellflächen. Wir haben dann großzügigerweise hier und da mal Kurzparkzonen. Aber was soll ein Klempner machen, der eine Heizung montieren soll und mit seinem VW-Transporter vor die Tür fahren muss, um den ganzen Kram da reinzukriegen? Der weiß gar nicht mehr, wo er das Auto hinstellen soll. Da gibt es Riesendefizite und Riesenprobleme. Durch die Verdrängung des Handwerks, des kleinteiligen Gewerbes, so will ich es mal sagen, von meistens kleinen Firmen, die keine Riesensprünge machen können, wird sich die Lage dieser Betriebe immer weiter in die Außenbezirke verlagern, möglicherweise sogar auch ins Umland. Dann hat Berlin gar nichts mehr davon.

Fakt ist aber, dass die Unternehmen mobilisiert sein müssen, um ihre Arbeit zu machen. Im Gegensatz zu mir haben die meistens das Gewerbe nicht im Haus, sondern dort, wo die Arbeit gebraucht wird. Ich sehe immer die Autos hin- und herfahren. Man kann mit dem Fahrrad schon eine Menge machen, aber das ist eher ein ideologisches Wunschdenken, weil das einfach nicht geht. Die Mitarbeiter müssen ihren Kram dabei haben, ihre Werkzeuge und das Material, um dort zu arbeiten. Was soll er machen? Wenn er 400 Meter weiter parken und dann die Heizkörper hochschleppen muss, ist das auch keine Option. Da wird einfach über den Kopf von wirklichen Notwendigkeiten hier in der Stadt gehandelt, was ich aufs Schärfste verurteile, denn so geht es nicht.

Die Sicherstellung der Gewerberäumlichkeiten in der Innenstadt ist eigentlich eine urbane Aufgabe. Jeder spricht hier immer großherrlich von urbanen Revieren oder Quartieren, und das soll auch so bleiben, aber die kleinen Handwerksbetriebe und Gewerbetreibenden müssen mit dabei sein, denn das gehört einfach dazu. Da muss das Land beziehungsweise müssen die verantwortlichen Menschen aus der Politik dieses Thema erst mal aufnehmen und auch verstehen, damit sie überhaupt etwas ändern können. Über die Verkehrssituation und so weiter lasse ich mich nicht mehr aus.

Was mir noch auf den Nägeln brennt, ist die Ausbildungssituation. Ich vertrete Gott sei Dank ein Gewerbe, was bei den Azubis noch sehr beliebt ist. Wir müssen mal von dieser Akademikerschwemme wegkommen. Darüber lassen sich ja seit langen Zeiten schon Leute aus. Herr Prof. Nida-Rümelin hat mal ein Buch darüber geschrieben und nachgewiesen, dass ein normaler Akademiker in seinem Leben nie so viel Geld verdienen kann wie ein Handwerker, der früh angefangen hat, seinen Beruf auszuüben, um dann die Meisterschule zu machen, und entweder als mitarbeitender Meister oder Selbstständiger durchs Leben geht und dadurch sein Gesamteinkommen generieren kann.

Zu den Start-ups fällt mir auch immer noch etwas ein. Wir haben eine sehr große Quote. In Deutschland gehen neun von zehn Start-ups über zwei, drei Jahre nicht hinaus, dann sind sie wieder platt. Vergleichen Sie das mal mit gegründeten Handwerksbetrieben! Da ist von zehn höchstens einer, der plattgeht, weil die Handwerker eine ganz andere Struktur haben und die Sachen aus der Ausbildung heraus anders anpacken. Da muss man hier nicht immer großheilig von Start-ups sprechen und die in Watte packen, wie toll und verrückt das alles ist.

Ich würde mir wünschen, dass Handwerksmeister, die ausbilden, die Mitarbeiter gut bezahlen – Die werden in Zukunft besser bezahlen müssen, weil der Fachkräftemangel auch an uns nicht vorbeigeht. Die Leute sind auch nicht so doof, dass sie jetzt nicht langsam wissen, was sie wert sind. Das wird zu einer Spirale kommen, die hoffentlich nicht so brutal ist, wie wir sie erwarten. Dennoch finde ich, dass grundsätzlich das Handwerk eine viel größere Bedeutung haben muss und bekommen soll. Denn wenn Sie – gerade hier die Grünen – Ihre Klimaziele umsetzen wollen: Wer macht denn das? Wer führt denn das aus? – Das sind Handwerker. Wenn die keine Existenz haben und nicht irgendwo sein können, dann wird das nichts. Also brauchen wir eine große Unterstützung und eine breite Aufstellung. – Danke!

Vorsitzender Jörg Stroedter: Vielen Dank, Herr Lundt, für Ihre Stellungnahme! – Dann komme ich zu Frau Dr. Schreiner. – Bitte sehr!

Dr. Manja Schreiner (Fachgemeinschaft Bau Berlin und Brandenburg e. V.): Vielen Dank! Ich bin heute nicht nur als Fachgemeinschaftshauptgeschäftsführerin und Geschäftsführerin der Bau-Innung da, sondern ich möchte auch gerne noch mal für den WHdI sprechen. Das ist ein Zusammenschluss von 25 Innungen hier in Berlin, in deren Vorstand ich auch tätig bin, sodass wir den Bogen tatsächlich etwas größer spannen können. Ich freue mich sehr, dass Sie das Thema auf die Tagesordnung gesetzt haben, weil es so wahnsinnig immens wichtig ist. Ich danke Ihnen dafür ganz herzlich!

Ich danke Ihnen auch deshalb dafür, weil es mir nämlich ermöglicht, Ihnen zuzurufen: Das Wichtigste, was wir als Wirtschaft brauchen, ist ein Belastungsmoratorium. Stellen Sie am besten alle belastenden Maßnahmen im Moment ein! Wir müssen durch diese Krise kommen. Die Firmen stehen wirklich mit dem Rücken zur Wand. Deswegen ist das Allerwichtigste für mich diese Botschaft. Tragen Sie als Wirtschaftsausschuss das auch ins Parlament rein! Das ist im Moment wirklich total wichtig. Die Wirtschaft muss endlich wieder durchatmen können.

Das Handwerk ist ein Querschnittsthema, deshalb fällt es auch ein bisschen schwer, das sehr griffig für Sie zu machen. Ich habe mich trotzdem mal bemüht, es vielleicht an ein paar praktischen Beispielen zu zeigen. Wir haben das ganze Thema Wohnungsbau. Das führt natürlich

zur Umwidmung auch von Flächen. Es ist ganz klar, wir haben nur eine begrenzte Stadt, das Thema wurde gerade von Frau Kürschner angesprochen. Es ist kein Platz für Gewerbeflächen. – Da fiel mir übrigens ein, am Ostkreuz entsteht gerade ein Handwerkerhof. Vielleicht können Sie dort auch Unterschlupf finden.

Die Schaffung von Radwegen auf der zweiten Fahrspur führt dazu, dass, wenn man nicht auf dem Radweg parken darf, der Lieferverkehr enorme Schwierigkeiten hat. Herr Lundt hat es gesagt. Schwerlasttransport für den Bau ist da, genau wie jeder andere Lieferverkehr, eingeschlossen.

Wenn Sie Übergangsmaßnahmen im guten Willen etablieren, für nach der Schule, für Schüler, die es schwer haben, die keine Ausbildung finden, dann führt das gegebenenfalls dazu, dass sie in Konkurrenz zur betrieblichen Ausbildung ausgebildet werden und damit treten. Wenn Sie das Vergaberecht um bestimmte Ziele anreichern, führt das durchaus dazu, dass das Vergaberecht zu einem Bürokratiemonster mutiert.

Viele politische Maßnahmen haben wirklich ganz unmittelbare Wirkungen für das Handwerk. Wenn Sie die Landesbauordnung um zusätzliche Aspekte ergänzen, dann verteuern Sie alles auch für das Bauhandwerk. Wenn Sie vier zusätzliche Tage in der Berufsschule einführen wollen, führt das dazu, dass die praktische Lehrlingsunterweisung bei mir auf dem Lehrbauhof total angepasst werden muss und wir gar nicht wissen, wie wir das eigentlich machen sollen, denn wir haben über 800 Auszubildende auf dem Hof. Das gibt alles Implikationen. Ich will Ihnen damit sagen, dass jeder Ihrer Schritte, die Sie hier machen, Implikationen bei uns im Handwerk gibt. Mein Appell ist, dass das Parlament sich das immer wieder bewusst machen möge. Wenn Sie die Solarpflicht einführen, dann hat das Auswirkungen auf das Dachdecker-, SHK- und Elektrohandwerk. Wenn Sie beispielweise die Tariftreue einführen, werden Sie einen Rückgang bei den öffentlichen Ausschreibungen erleben. Wenn Sie sich mit dem Land Brandenburg zum LEP HR abstimmen, hat das enorme Auswirkungen auf unsere Mitarbeiter, die nämlich auch von Wohnungen und Verkehr, von allem, betroffen sind. Wenn Sie über Engpässe in der Verwaltung reden, dann reden wir im Handwerk ganz konkret von einem Genehmigungsstau, teilweise über Jahre. Dann können Kfz nicht angemeldet werden, Mitarbeiter können sich nicht ummelden. Die Handwerker sind wirklich überfordert – das darf ich Ihnen sagen – im Zuständigkeitsdschungel von Berlin, auch von den unterschiedlichen Sichtweisen innerhalb der Bezirke.

Deshalb habe ich überlegt, was man jetzt eigentlich aus diesem Wust alles so machen kann. Das ist ja ein sehr ressortübergreifender Ansatz. Es gibt Beispiele in der Bundesrepublik, an denen mich jetzt mal orientiert habe, wo das offensichtlich sehr erfolgreich gewesen ist. Und zwar wurde in NRW vor einigen Jahren eine sogenannte Enquete-Kommission für das Handwerk eingerichtet. Darin sitzen speziell interessierte Abgeordnete aller Fraktionen, die Fachebene von Ministerien und natürlich das Handwerk. Die haben 172 Empfehlungen ausgearbeitet, von denen 90 Prozent jetzt nach sechs Jahren abgearbeitet sind. Es ist ein unglaublich fruchtbarer Prozess gewesen, der es ermöglicht, dass sich das Handwerk auf breiter Front in all diesen Ressorts, die ich gerade erwähnt habe, widerspiegelt. Damit wird sich am Ende die Attraktivität des Handwerks erhöhen.

Ich möchte gerne noch mal das aufgreifen, was Sie eingangs gesagt haben, Herr Wapler: Die Attraktivität des Handwerks zu steigern, ist, glaube ich, die größte Herausforderung, der wir

uns stellen müssen, und zwar gemeinschaftlich stellen müssen. Ich glaube, dass die Branche einiges tut. Ich kann es für das Bauhandwerk sagen. Wir fahren eine ganz große Imagekampagne und haben es dabei geschafft, in den letzten fünf Jahren tatsächlich unsere Azubizahlen zu erhöhen. Das geht über die Ansprache der Eltern. Auch da haben Sie recht, die Wertschätzung für das Handwerk muss natürlich auch bei den Eltern sein, weil sie – nicht nur die Peer-group – einen Einfluss auf die Jugendlichen haben.

Die Berufsorientierung muss unbedingt früher beginnen. Werken schon in der Grundschule. Die erste Berufsorientierung darf nicht in der achten Klasse anfangen, sondern muss früher beginnen. Die Jugendlichen brauchen viel mehr Zugang zu dem Handwerker von nebenan. Das Handwerk muss natürlich auch in der Lehrerausbildung eine Rolle spielen. Das muss auch Lehrern bewusst sein. Die sind Akademiker, aber sie müssen trotzdem Multiplikatoren auch für das Handwerk werden. Denn uns gehen – das ist ja tatsächlich so – so viele Schüler verloren. Das tut einem in der Seele weh, dass sie eigentlich an unserem Schulsystem scheitern und bei uns im Handwerk wunderbar aufgehoben wären.

Vorsitzender Jörg Stroedter: Vielen Dank für Ihre Stellungnahme! – Dann haben wir zum Abschluss noch Herrn Vagt. – Bitte sehr!

Henrik Vagt (IHK): Herzlichen Dank, Herr Vorsitzender! – Sehr geehrter Herr Senator! Sehr geehrte Damen und Herren! Vielen Dank, dass ich auch die Gelegenheit bekomme, hier etwas zur Situation der Berliner Wirtschaft zu sagen! Ich mache das ein bisschen weniger mit Blick auf das Handwerk, sondern mehr mit Blick auf die gesamte Lage der Berliner Wirtschaft, wobei die Problemlagen, insbesondere bei den kleinen und mittleren Unternehmen, sowohl beim Handwerk als auch bei den übrigen Unternehmen, glaube ich, in der aktuellen Situation sehr vergleichbar sind.

Insgesamt ist es so, dass die Berliner Wirtschaft momentan ihren dritten Krisenwinter in Folge erlebt. Wir müssen davon ausgehen, trotz der mittlerweile vielleicht etwas besseren Aussichten, insbesondere was eine physische Gasmangellage angeht, was Herr Senator Schwarz vorhin ausgeführt hat, dass auch dieser Winter vermutlich noch schwerer ausfallen wird als die vorangegangenen. Wir haben die Lieferkettenproblematik. Wir haben die Inflation. Wir haben die Energiepreiskrise, und wir haben auch immer noch die Auswirkungen der Coronakrise, aus der manche Unternehmen herauskommen, herauswachsen müssen, es aber noch nicht getan haben. Das Jahr 2022 hat sich insofern nicht als Jahr des Aufschwungs aus der Coronakrise erwiesen, wie man es sich vielleicht gewünscht hätte. Es ist ein Jahr des Aufschwungs in gewisser Weise gewesen, aber nicht in dieser Dynamik, wie wir es uns vielleicht erhofft hätten, natürlich aufgrund der geopolitischen Lage und der Situation auf den Energiemärkten, die wir in diesem Jahr gesehen haben. Die Zeiten des billigen Geldes sind vorbei. Die Zeiten der billigen Energie sind vorbei, und die Zeiten des günstigen Außenhandels sind auch vorbei, das heißt, wir müssen insgesamt davon ausgehen, dass auch der Beitrag der Globalisierung zum Wachstum in den nächsten Jahren weit schwächer ausfallen wird als bisher.

Ich würde gerne noch kurz etwas zum Thema Energie sagen und dann vielleicht zwei Sätze dazu verlieren, wie sich die aktuelle Situation bezüglich der Hilfen ausgestaltet. Was die Situation in der Energiepreiskrise angeht, ist es sicherlich die schwerste Energiepreiskrise, die die Berliner Wirtschaft in den letzten Jahrzehnten erlebt hat, mit den entsprechenden Auswirkungen, die wir haben. Wir sehen, dass sich der Energiekostenanteil bei den Betrieben ersten Schätzungen zufolge im laufenden Jahr vermutlich um bis zu 20 bis 25 Prozent erhöht hat. Was mir Sorgen macht, ist, dass die Unternehmen zunehmend Probleme haben, Strom- und Gaslieferverträge zu bekommen. Wir sehen, dass 11 Prozent der Unternehmen uns rückspiegeln, dass sie Probleme haben, Versorgungsverträge für Strom zu erhalten. 7 Prozent der Unternehmen sagen uns, dass sie Probleme haben, Gasversorgungsverträge neu abzuschließen. Das ist in den Branchen zum Teil sehr unterschiedlich. Ganz besonders betroffen sind der Handel und die Industrie. Das muss einem große Sorgen machen. Auch die anderen Branchen sind betroffen, aber gerade in diesen beiden Branchen, insbesondere im Handel im Übrigen, sehen wir große Betroffenheiten. Was tun die Unternehmen? – Sie geben diese Preise größtenteils weiter, solange sie das noch können. Sie investieren übrigens auch sehr stark in Energieeffizienzmaßnahmen. Auch das bekommen wir sehr stark gespiegelt. Aber, auch das muss uns große Sorgen machen, gerade in der Industrie geben viele Betriebe an, dass sie ihre Produktion entweder zurückfahren oder sogar einstellen, und auch das am Standort Berlin. Insofern ist die Problemlage vielfältig und schwer. Deshalb sind die Hilfen, die jetzt in Gang gesetzt worden sind, sowohl auf Bundesebene als auch auf Landesebene angekündigt, eine große Entlastung und eine große Unterstützung für die Unternehmen. Grundsätzlich kann man

konstatieren, dass das, was auf Bundesebene mit der Strom- und Gaspreisbremse in Gang gesetzt worden ist, auf jeden Fall sinnvolle Maßnahmen und auch angesichts der Volumina, die da im Spiel sind, aus unserer Sicht in der Reaktion angemessen sind.

Ebenfalls positiv ist zu bewerten, dass jüngst der Beschluss gekommen ist, dass die Strom- und Gaspreisbremse rückwirkend zum 1. Januar gilt. Auch das wird die Betriebe in der aktuellen Situation sehr stark entlasten. Nicht alles, was wir im Zuge der Umsetzung der Vorschläge der Gaspreiskommission und auch bei der Umsetzung der Strompreisbremse sehen, ist uneingeschränkt zu befürworten. Wir haben eine ganze Reihe von Punkten, über die wir diskutieren müssen, was Bürokratielasten angeht, was Anforderungen an die Betriebe angeht bezüglich Konditionalisierung von Hilfen. Wer kann diese Hilfen in Anspruch nehmen? Wie werden unterschiedliche Gruppen von Unternehmen behandelt? Da sind auf jeden Fall noch Nachbesserungen nötig, auch auf Bundesebene, aber die grundsätzliche Richtung stimmt, und das Volumen der Hilfen stimmt auch.

Auf Landesebene haben wir insbesondere die Liquiditätshilfen Energie, die zurzeit über die IBB laufen, was auf jeden Fall ein sinnvolles Instrument ist, um die Betriebe in dieser aktuellen Situation zu unterstützen. Die Nachfrage nach diesen Hilfen ist, das ist zumindest das, was wir in unserer Beratung wahrnehmen, momentan noch nicht besonders groß, weil vielleicht auch bestimmte Bedingungen für dieses Programm so gestaltet sind, dass nur sehr wenige Betriebe dies in Anspruch nehmen können. Ich nenne ein Beispiel: Die Verdoppelung der Energiekosten von 2021 auf 2022 schränkt natürlich den Kreis der Unternehmen ein, die diese Hilfen potenziell in Anspruch nehmen können.

Ich stimme dem zu, was Herr Altemeyer-Bartscher gesagt hat, was die Ausgestaltung möglicher Härtefallfonds in Berlin angeht. Hier brauchen wir natürlich schnelle, unbürokratische Antragsverfahren, und da kommt es auch darauf an, dass wir in der Lage sind, diese Hilfen möglichst schnell auszuzahlen, wenn sie denn dann kommen können. In diesem Sinne würde ich an dieser Stelle erstmal schließen und stehe gerne für weitere Fragen zur Verfügung.

Vorsitzender Jörg Stroedter: Vielen Dank an Sie alle, auch für die Einhaltung der Zeit! – Dann treten wir in die Runde der Frage und Beiträge ein. Wir haben eine ganze Menge Wortmeldungen. – Wir fangen an mit Herrn Kollegen Gräff von der CDU-Fraktion.

Christian Gräff (CDU): Vielen Dank! – Herzlichen Dank an die Anzuhörenden für die sehr konkreten Hinweise und auch für die Kürze! – Vielleicht an die Handwerkskammer und Frau Kürschner gerichtet: Ich glaube, Sie haben das Topthema angesprochen. Wir haben es auch als Tagesordnungspunkt 5. Eigentlich gehört das für uns zusammen, nämlich die Entwicklung der Berliner Gewerbeimmobilien, Verdrängung oder Berliner Mischung. Das ist, glaube ich, das Topthema. Es gibt zwei Themen, das Thema Räume und das Thema Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, wo man die noch findet, die im Moment als Elefant im Raum stehen.

Ich verstehe Sie total. Ich glaube, da wird es nur eine individuelle Lösung geben für Ihr ganz konkretes Problem, Frau Kürschner. Vielleicht besteht da auch die Möglichkeit mit der Senatsverwaltung, mit dem Senator danach noch mal darüber zu reden, da eine individuelle Lösung zu finden, weil ich glaube, da helfen immer nur individuelle Lösungen in ganz bestimmten Problemfällen. Wir haben als CDU mal einen revolutionären Vorschlag gemacht und gesagt: Bei größeren Neubauvorhaben sollten auch in der Stadtmitte sogar ab einer kleineren

Anzahl von Wohnungen immer ohne Ausnahme auf 20 Prozent der Fläche Gewerberäume entstehen, auch wenn ich Wohnungen neu baue. – Nun ist das insgesamt in der Stadt zu wenig, aber nichtsdestotrotz glaube ich auch, um diese Berliner Mischung zu erhalten, dass wir da völlig neu denken müssen. Die Wahrheit liegt natürlich auch darin, dass heute Anwohnerinnen und Anwohner nicht mehr so großzügig sind und es viele Konflikte gibt, die eigentlich vorher absehbar sind. Wenn ich in ein Haus ziehe, wo vielleicht im Hinterhof ein Handwerksbetrieb ist, eine Tischlerei oder wie auch immer, dann staubt es auch mal hier und da ein bisschen. Ich glaube, damit muss man hier und da leben. Ich habe selbst bei mir im Bezirk, ich war lange Wirtschaftsstadtrat, viele Konflikte gehabt, die wir aber im Einzelfall in der Regel immer lösen konnten. Da wundert man sich manchmal, wenn man eine Investition für eine Lebensentscheidung trifft, beispielsweise ein Haus zu kaufen oder zu bauen, dass man sich vorher nicht umguckt hat. Insofern habe ich das Thema Räume vollkommen verstanden.

Ich bin auch noch mal seitens der Kfz-Innung sehr dankbar für Ihren Hinweis auf das Thema Verkehr. Ich glaube, die beste Wirtschaftspolitik in einer Stadt ist eine funktionierende Stadtentwicklungs- und Verkehrspolitik. Da bin ich völlig bei Ihnen, weil alle Unternehmen davon abhängig sind, dass man Räume hat, aber auch, dass die Verkehre fließen. Insofern vielen herzlichen Dank!

Frau Schreiner! Ich bin dankbar für Ihren Hinweis, dass alles mit allem zusammenhängt. Die Berliner Handwerksunternehmen können sich jetzt schon kaum vor Aufträgen retten. Neben den Problemen, die sie bei der Energiekrise haben, kommt dann das Thema Erneuerbare noch obendrauf. Dessen muss man sich einfach nur bewusst sein, denn im Moment ist es schon schwer, vor allen Dingen aufgrund des Arbeitskräftemangels, da überhaupt Handwerksunternehmen zu finden.

Herr Vagt! Sie haben das Thema Krisenjahre noch mal beleuchtet. Wenn ich jetzt beispielsweise die Erhöhung des Bruttoinlandsprodukts nehme in diesem Jahr, einen ganz kleinen schmalen Bereich, dann heißt das aber immer im Vergleich zum Vorjahr, und da hat es natürlich eine Riesendelle gegeben. Ich habe manchmal den Eindruck, es geht auch in der Debatte unter, was es eigentlich bedeutet, nach dem Abschwung der Jahre, den wir durch Corona hatten. Vielleicht könnten Sie alle in kleinen Beiträgen in Ihrer Antwortrunde noch mal auf das Thema Gewerberäume, Gewerbeflächen eingehen. Das wäre sehr spannend.

Ein zweites Thema noch: Ich weiß, dass Fachkräfte und Räume die Hauptthemen sind, aber noch mal zum Thema Energie. Das Bäckerhandwerk ist immer so berühmt und steht jetzt auch öfter in den Tageszeitungen, aber es gibt natürlich noch einige mehr, die immens unter den höheren Energiepreisen – wir haben es gerade nur relativ oberflächlich anhand der Hilfen diskutiert – leiden. Vielleicht können Sie noch mal zwei, drei Worte dazu sagen, wie Sie dort die Situation sehen. Ich teile das auch. Es muss jetzt unbedingt für die, die betroffen sind, nicht rückzahlbare Zuwendungen vom Bund geben. Gut, bei dieser Bundesregierung erwartet man schon gar nichts mehr, aber eigentlich muss das unbedingt schnell her.

Der letzte Satz: Was mir besonders Sorgen bereitet, sind die Tausenden von Unternehmen in Deutschland und auch in Berlin, die jeden Tag aufgeben müssen und nicht in der Zeitung stehen. Wenn BMW oder Daimler sagt, wir machen Investitionen nicht mehr in Deutschland, in Europa, anderswo oder in den USA, weil möglicherweise Förderbedingungen auch für das Thema Energie beispielsweise oder Subventionen dort aufgestellt werden, dann steht das in

der Zeitung. Der Handwerksbetrieb sagt aber: Ich mache das nicht mehr, weil ich das nicht muss, und habe keine Lust mehr darauf, oder ich kann es wirtschaftlich nicht mehr vertreten. – Das steht nicht in der Zeitung. Wir haben eine schleichende Deindustrialisierung in den letzten Wochen und Monaten, und die bereitet mir unglaublich große Sorgen, denn diesen Mittelstand werden wir nicht zurückholen, und der ist das Rückgrat auch der Berliner Wirtschaft. Ich weiß nicht, ob die Kammern, Verbände, ob Sie Beispiele haben, wie Sie das sehen, was wir beim Thema Energie noch tun müssen oder die Bundesregierung eigentlich tun müsste. – Vielen Dank!

Vorsitzender Jörg Stroedter: Danke! – Dann haben wir für Die Linke den Kollegen Dr. King.

Dr. Alexander King (LINKE): Vielen Dank! – Einiges von dem, was Sie gesagt haben, Herr Gräff, sehe ich auch so, aber einen Aspekt sehe ich ein bisschen anders. Da würde ich mal eine kritische Note reinbringen. Wenn wir über Gewerbeflächen reden, reden wir nicht nur über Stadtentwicklung, sondern zum Beispiel auch über Gewerbemietrecht, was es nicht gibt. Wir haben keine Regulierungen, und das Problem ist, wenn wir über Gewerbeflächen auf privatem Grund und Boden sprechen, gibt es wenig Eingriffsmöglichkeiten, und das haben wir unter anderem oder insbesondere der CDU zu verdanken. Ihr Parteifreund Jan-Marco Luczak ist der größte Verfechter davon, dass man möglichst im Mietrecht dereguliert und schon erst recht beim Gewerbe. Ein Gewerbemietenspiegel, ein soziales Gewerbemietrecht läuft mit der CDU gar nicht. Das ist aber entscheidend, weil wir nicht alles über die Stadtentwicklungsfragen – – [Zuruf von Christian Gräff (CDU)] – Da, wo es um öffentlichen Boden geht, kann natürlich der Senat auch lenkend eingreifen, aber die Möglichkeiten sind begrenzt. Das heißt, da muss man politisch, auch auf Bundesebene, noch einiges verändern. – [Zuruf von Christian Gräff (CDU)] – So wie Sie gerade gesprochen haben, sind Sie ... [unverständlich].

Vorsitzender Jörg Stroedter: Herr Gräff! Darf ich Sie bitten, den Kollegen ausreden zu lassen. Herr Kollege Dr. King hat jetzt das Wort. – [Zurufe von der CDU] – Sie haben doch geklagt vor dem Bundesverfassungsgericht, nicht der Heilige Geist. Das gehört doch zur Wahrheit dazu. – Herr Dr. King, Sie haben das Wort!

Dr. Alexander King (LINKE): Ich rede jetzt nicht vom Mietendeckel, sondern vom Gewerbemietrecht, zum Beispiel, dass Herr Luczak dagegen ist, dass man einen Gewerbemietenspiegel einführt. Das wäre aber ein gutes Instrument. – [Zuruf] – Es geht nicht nur um mehr oder weniger Gewerbeflächen, sondern es geht vor allem um Verdrängung von Gewerbe da, wo teurere Mieten nicht mehr bezahlt werden können. Das erleben wir doch ständig in den Innenstadtbezirken, dass Gewerbe aufgeben müssen, weil sie Mieten nicht mehr bezahlen können, die ins Unendliche steigen, und gerade renditeschwächere Handwerksbetriebe dann herausfallen. Wenn es da keine Regulierung gibt, und das ist bis jetzt leider der Fall, dann kann man da leider bis jetzt auch noch nicht wirklich eingreifen. Das wäre das eine, was mich von Ihnen interessieren würde, wie Sie das sehen.

Dann will ich noch mal zu den Energiepreisen kommen. Sie hatten schon gesagt, Herr Vagt, oder darauf hingewiesen – das ist wahrscheinlich eine gute Nachricht für das Handwerk und die Industrie –, dass es jetzt keine Lücke gibt, sondern schon ab Januar die Bremsen greifen, also dann zwar erst rückwirkend, aber immerhin. Nur, was man auch sagen muss, und das haben Sie schon angedeutet, selbst 12 Cent sind für viele Handwerksbetriebe im Vergleich

zum letzten Jahr mindestens eine Verdoppelung, teilweise mehr. Da würde mich interessieren, in welchem Ausmaß das Handwerk eigentlich da in Schwierigkeiten geraten wird. Wir haben über den Härtefallfonds gesprochen, 1 Milliarde Euro. Das ist bundesweit gesehen nicht so viel, würde ich sagen. Wir haben diese ergänzenden Hilfen, die dann in Berlin zum Glück die Lücken füllen. In welchem Ausmaß werden Handwerksbetriebe jetzt betroffen sein? Bei den Bäckereien ist es bekannt, aber welche anderen Branchen werden auch betroffen sein, und mit welchen Größenordnungen muss man da rechnen? – Das wäre das Zweite, das mich interessieren würde.

Dann will ich im selben Zusammenhang fragen: Es wurde vorhin gesagt, das Darlehensprogramm wird nicht so stark nachgefragt. Sie hatten die Bedingungen erwähnt, die für viele Betriebe nicht passen. Gibt es auch Probleme mit den Konditionen? Das würde mich interessieren. Es gibt auch den Darlehenszins usw. Sie haben generell gesagt, dass Sie eigentlich Darlehen gar nicht als die entscheidende Hilfe sehen, sondern dann direkt die Zuschüsse. Mich würde interessieren, wie Sie das IBB-Programm vor dem Hintergrund bewerten.

In anderen Landesverbänden der Handwerkskammer und der IHK ist oft auch die Rede von Materialmangel als Problem. Wir hatten in Sachsen ein Problem, das ein bisschen populärer geworden ist. Das ganze Holzschnitzhandwerk leidet darunter, dass es kein Birken- und Lärchenholz mehr gibt aus Russland durch die Sanktionen. Teilweise fehlen Papier, Zellulose, Dämmmaterial, Nickel, Aluminium und alles Mögliche. In manchen Bundesländern scheint das wirklich ein Riesenproblem zu sein. Von Berlin weiß ich es nicht. Sie haben es jetzt auch alle nicht erwähnt. Vielleicht können Sie zum Materialmangel und natürlich auch zu den steigenden Preisen für das verknappte Material etwas sagen und wie Sie dem begegnen. – Danke!

Vorsitzender Jörg Stroedter: Vielen Dank, Herr Kollege! – Dann haben wir für Die Linke den Kollegen Schulze.

Tobias Schulze (LINKE): Schönen Dank, Herr Vorsitzender! – Ich will noch zwei Fragen anschließen. Das eine ist das Thema Wirtschaftsverkehr. Das hatten Sie vorhin schon angesprochen, die Verknappung von Parkraum. Wir haben die Debatte über das Mobilitätsgesetz und den Bereich Wirtschaftsverkehr vor uns. Wir wissen aus anderen Städten, dass es möglich ist, Wirtschaftslande- und -lieferzonen, Parkzonen für Wirtschaftsverkehre freizuhalten und konsequent umzusetzen. Wie stehen Sie denn dazu? Sie sagten nur, es sollen keine Parkplätze reduziert werden. Aber wenn man Lade- und Lieferzonen einrichtet, werden natürlich private Parkplätze zugunsten von Wirtschaftsfahrzeugen reduziert. Das wäre möglicherweise etwas, worüber wir vielleicht noch mal intensiver reden sollten, ob wir nicht das Thema Wirtschafts- und Handwerksverkehre usw. beim Mobilitätsgesetz deutlich stärker gewichten und dann in jeder Straße, wie man es aus Paris und anderswo kennt, Wirtschaftsparkzonen haben, die auch konsequent von privaten Pkw freizuhalten sind. Ein guter Freund von mir ist Sanitärmeister. Er sagt, er nimmt gar keine Aufträge mehr an in Innenstadtbezirken, weil die Fahrzeiten so lang sind, dass es sich nicht lohnt für seine Gesellen, da hinzufahren. Ich glaube, damit haben wir wirklich ein Riesenproblem. Für ihn ist das größte Problem die Staus, die durch die privaten Pendler verursacht werden. Die stehen mit ihren Autos stundenlang auf der Autobahn oder auf der B 1 oder sonst wo im Stau, weil alles voll ist. Die Frage ist, wie wir da herauskommen, wie wir Wege für die freimachen, die ihr Lieferfahrzeug benutzen müssen. Ich finde, das ist eine spannende Frage, über die wir diskutieren sollten.

Eine zweite Frage zum Thema Fachkräfte – zum einen vielleicht an Sie alle: Wie ist denn da die Zusammenarbeit mit der Bildungsverwaltung? Haben Sie gemeinsame Veranstaltungen? Schaffen Sie es auch, in die Schulen zu kommen? – Weil vorhin auch die Rede davon war, wir müssen vielleicht die Lehrkräfte stärker sensibilisieren, um Menschen und junge Menschen ins Handwerk zu bekommen. Wie sieht es mit der Anerkennung ausländischer Abschlüsse aus oder auch mit der Gewinnung ausländischer Fachkräfte? – Wir haben gerade viele Menschen aus der Ukraine hier. Wir hatten auch vorher schon viel Zuwanderung. Wie sehen Sie denn die Lage? Können die Menschen, die aus dem Ausland nach Berlin kommen, auch einen Teil des Fachkräftebedarfs decken, und welche Maßnahmen von öffentlicher Seite sind dafür notwendig? – Danke schön!

Vorsitzender Jörg Stroedter: Danke sehr! – Dann haben wir für die FDP-Fraktion den Kollegen Czaja. – Bitte!

Sebastian Czaja (FDP): Vielen Dank, Herr Vorsitzender! – Ich würde gerne noch auf ein, zwei Punkte eingehen mit Blick auf die Frage der Energiewende und die Herausforderungen, die wir hier in der Stadt zu bewältigen haben. Zunächst meine Frage an die Handwerkskammer und die IHK: Gibt es von Ihnen Szenarien mit Blick auch auf die Zielstellung, die sowohl politisch als auch im Koalitionsvertrag hinterlegt ist, was das für einen Bedarf an Fachkräften nach sich zieht? Denn es ist in der Tat die Notwendigkeit, auf der einen Seite zu sagen, wir müssen da schneller vorankommen und schneller genehmigen, auf der anderen Seite muss aber jemand diese Frage auch verschrauben. Irgendjemand muss die Klimawende verschrauben und muss die Solarzellen etc. aufs Dach bringen oder die Geothermie dahin, wo sie hingehört. Gibt es von Ihnen Betrachtungslinien mit Blick auch auf die Frage, wie sich das derzeit am Ausbildungsmarkt verhält? Denn daraus können sich Szenarien ableiten. Dann sind wir bei der ziemlich grundsätzlichen Betrachtung: Welchen Stellenwert hat eigentlich das Handwerk in unserem Land? Ich selbst habe eine Ausbildung als Elektroinstallateur gemacht, das duale System durchlaufen und weiß, wie viele selbst damals zu meiner Zeit schon mit dem Realschulabschluss sich die Frage gestellt haben: Machen sie doch lieber Abitur und lassen das mit dem Handwerk sein? – Die Frage heute ist noch um ein Vielfaches extremer geworden, wo Handwerk eigentlich nicht den gesellschaftlichen Stellenwert hat, den es haben müsste.

Die große Sorge, die mich umtreibt, ist im Grunde, dass wir im Handwerk kurz- oder mittelfristig die gleiche Diskussion führen, die wir um Pflegekräfte geführt haben. Wir sind aber viel früher an der Stelle, dass wir ein Bewusstsein dafür haben, aber niemand setzt sich hinreichend gesellschaftlich damit auseinander. Deshalb haben Sie alle mit Ihrem Appell recht, dass dieser Wirtschaftsausschuss das weit, nicht nur ins Parlament, sondern auch in die Gesellschaft tragen muss, dass Handwerk ein Zukunftsfeld ist. Ich bleibe bei der einfachen Formel: Irgendjemand muss die Universitäten eben auch bauen, in denen die Abschlüsse gemacht werden, und das ist am Ende des Tages das Handwerk. Deshalb setzen wir auch darauf, und das finde ich richtig, dass wir das Thema Handwerkermeile hier diskutieren, innenstadtnah Räume zu schaffen in der Frage: Wo können wir Gewerbeansiedlungen forcieren? Wir selbst haben auch Ihren Vorschlag der Koalition im Rahmen der Haushaltsberatungen unterstützt und gesagt: Lasst uns sogar noch etwas drauflegen, damit wir innenstadtnah solche Räume schaffen, denn es wird nicht auf Dauer gelingen können, auch aus der Frage der Mobilität heraus, dass sich alle nur noch in den Randbezirken oder in Brandenburg in der Ansiedlung wiederfinden. Ich rede jetzt nicht von einem Gerüstbauer, der irgendwo einen Platz braucht,

sondern ich rede von Ihnen als Tischlerei, von dem Glasermeister und vielen, die im Handwerk im Innenstadtbereich diese Räume brauchen.

Herr Dr. King! Ich glaube, wir brauchen keine ideologische Diskussion um die Frage, die wir gerade lautstark im Abgleich mit der Union erlebt haben, sondern wir brauchen Lösungen. Wir alle wissen um die Frage der immobilienwirtschaftlichen Kalkulation. Das, was in einem Objekt bei der Mietwohnung gebremst oder überreguliert wird, trägt sich am Ende als Druck und Belastung für die Unternehmen, in dem Fall für den Gewerbestandort durch, weil so ein Haus immer eine Mischkalkulation ist in der Frage der Nutzung. Das haben wir immobilienwirtschaftlich hin und wieder auch hier im Haus diskutiert. Von daher sind manchmal auch Anreize, die Sie vielleicht gut gemeint denken, dann doch welche, die sich nach hinten entwickeln und dann so eine Situation abbilden, die wir gerade am Berliner Markt haben. Deshalb wäre unser Appell, das Thema Handwerkermeilen zu stärken und, zweitens, den Neubau voranzutreiben, denn nicht nur im Bereich der Mietwohnungen und des Geschosswohnungsbaus muss geliefert werden, sondern auch im Gewerbebereich. Ich glaube, dass wir das Angebot insgesamt erhöhen müssen.

Der zweite Punkt, der mir wichtig ist, ist die Frage: Wir sind wir eigentlich im Land Berlin aufgestellt, wenn es darum geht, mit dem Handwerk in dieser Stadt voranzukommen? Deshalb würde mich insbesondere von den beiden mit Praxiserfahrung interessieren: Was ist für Sie hinderlich bei öffentlichen Vergaben? Ich höre immer wieder, dass viele Unternehmen, gerade aus dem Handwerksbereich, sich gar nicht mehr auf öffentliche Ausschreibungen bewerben. Da wird es ja aus Ihrer Perspektive heraus Betrachtungen geben. Ich will das jetzt überhaupt nicht auf einen Parameter zurückführen, sondern mich würde interessieren, was aus Ihrer Sicht die Parameter sind, die dazu führen, dass Sie sich am Ende entscheiden, lieber kein Angebot abzugeben und sich nicht an dieser Vergabe zu beteiligen.

Die nächste Frage an den Senat oder auch an alle, die heute hier als Experten geladen sind: Hat sich an der Zahlungsmoral des Landes Berlin etwas verbessert? Ich höre von vielen Handwerksbetrieben: Die Frage von 60 oder 90 Tagen Zahlungsziel ist natürlich im Verhältnis zur Frage: Leiste ich für die Privatwirtschaft oder für das Land Berlin? – durchaus eine entscheidende Fragestellung, denn am Ende muss eine Rechnung, die gestellt wird, auch zeitnah bezahlt werden. Wenn ein 90- oder 60-Tage-Ziel da ist, bis eine Rechnung durch die öffentliche Hand bezahlt wird, hört man immer mal wieder, dann ist das schon ein sehr langer Zahlungslauf. Hat sich das inzwischen geändert? Wenn ja, wäre das eine gute Nachricht, oder: Wie sind wir da im Moment aufgestellt bei der öffentlichen Hand? Vielleicht, Herr Schwarz, können Sie dazu Ausführungen machen, wie sich das im Augenblick verhält.

Dann hätte ich noch einen weiteren Punkt, das Thema berufliche Ausbildung mit Blick auf die Situation der Oberstufenzentren. Ich höre immer wieder, zunehmend auch von Vertretern des Handwerks, der Innungen, dass mittlerweile extreme Nachschulungen gemacht werden müssen mit Blick darauf, dass die Schülerinnen und Schüler, die die Berliner Schullaufbahn durchlaufen haben und mit einem Abschluss der 10. oder 12. Klasse an die Tür des Handwerksbetriebes klopfen, noch einmal im Schnitt zwei oder drei Monate gesondert in den Oberstufenzentren nachgeschult werden, was Rechnen, Schreiben und Lesen, diese Grundlagen betrifft. Da würde mich Ihr Bild interessieren, Frau Schreiner. Sie haben ja einen Gesamtblick darauf, was sich da gerade tut. Ist das wirklich so, wie wir es beschrieben bekom-

men? – Denn dann ist das eine Frage für den Bildungsausschuss, dann ist das eine zutiefst bildungspolitische Frage, wo wir ansetzen müssen.

Eine letzte Frage ist durchaus das Thema – wer immer von Ihnen sie beantworten möchte – Ausbildungsplatzabgabe. Ich richte sie an die Handwerkskammer und an die IHK. Welchen Eindruck haben Sie? Wird das einen Positiv- oder Negativeffekt mit sich bringen? Wir als FDP teilen diese Ausbildungsplatzabgabe nicht, die dort jetzt als Strafgebühr in der Debatte ist und im Land Berlin umgesetzt werden soll. Wir hielten einen Ausbildungsplatzanreiz für besser, tatsächlich Ausbildungsplätze zu schaffen, denn ich glaube, zumindest ist das unser Blick auf die Lage, dass nicht das Problem bei den Betrieben liegt. Da ist die Bereitschaft hoch auszubilden. Da wird auch händeringend gesucht. Die Frage ist am Ende des Tages: Wer ist bereit, eine Ausbildung zu machen und dafür die Betriebe und Unternehmen in dieser Stadt noch einmal zur Kasse zu bitten, wo schon ein Vielfaches an Belastung da ist? Der Ruf nach dem Belastungsmoratorium war da. Diesen Ruf halten wir schon für richtig. Auf der anderen Seite sollten solche Maßnahmen dann auch unterlassen werden, gerade in diesen Zeiten, in denen Betrieben noch mal in die Tasche gegriffen wird. – Vielen Dank!

Vorsitzender Jörg Stroedter: Danke sehr! – Dann kommt die AfD-Fraktion, der Kollege Hansel.

Frank-Christian Hansel (AfD): Vielen Dank an die Angehörten! – Ich möchte Ihnen auch viel Raum für die Beantwortung der Fragen lassen. Darum möchte ich im Anschluss an Herrn Czaja, der die Frage zum Vergabegesetz sehr elegant formuliert hat, nachfragen, was Sie denn davon abhält, konkret öffentliche Aufträge anzunehmen – dass Sie darauf noch mal ganz konkret eingehen.

Das Zweite ist das eingeworfene Belastungsmoratorium, dass vielleicht jeder von Ihnen zwei oder drei ganz konkrete Punkte nennt, die hier in einem Katalog Belastungsmoratorium aufzuführen wären. Das wäre es schon. – Vielen Dank!

Vorsitzender Jörg Stroedter: Danke sehr! – Dann bin ich selber dran für die SPD-Fraktion.

Jörg Stroedter (SPD): Wir haben im letzten Jahr das Solargesetz gemacht, und ich würde gerne mal wissen, Herr Altemeyer-Bartscher: Das Solargesetz ist extrem ehrgeizig. Die Förderung ist jetzt auch endlich angelaufen. Das könnte sozusagen für all die Betriebe, die damit zu tun haben, ein echter Konjunkturschub sein. Vielleicht können Sie eine erste Einschätzung dazu geben, wie das Ihrerseits läuft und welche Dinge möglicherweise noch abgestellt werden müssen, um zu erreichen, dass sich das noch stärker umsetzt. Wir sind sehr interessiert als Koalition, dass das eine erfolgreiche Geschichte wird.

Dann will ich an alle die Frage zum Thema Nachwuchsausbildung usw. stellen. Ich glaube, das große Problem ist, dass wir zu wenig in die Ausbildung investieren. Welche Möglichkeiten sehen Sie Ihrerseits, da mehr zu tun? Welche Unterstützung erwarten Sie von der Politik? Die allgemeine Debatte darüber, wir haben zu viele Studierende und zu wenig Handwerkslehrlinge, ist sicherlich aus Ihrer Sicht gegeben, aus unserer Sicht möglicherweise nicht, weil wir durch Bildung Qualifikation erreichen wollen. Aber die Frage ist: Was kann man machen, um die Anreize entsprechend zu erhöhen?

Das nächste Thema ist Corona. Durch Corona hatten Sie alle über einen langen Zeitraum sehr viele Einschränkungen. Wir hatten Kontaktbeschränkungen. Wir hatten Ausgangssperren. Wir hatten im Grunde genommen ein Erliegen der wirtschaftlichen Produktion. Da würde mich interessieren: Wie ist das abgelaufen – konkret an die Dame von der Tischleria – mit den Wirtschaftshilfen? War das hilfreich? Mich würde auf der anderen Seite interessieren: Sind diese Rückstände, die durch Corona eingetreten sind, mittlerweile aufgearbeitet, oder ist das auch noch ein Problem? Da würde mich von der Handwerkskammer, der Industrie- und Handelskammer und auch von Frau Schreiner interessieren, dazu mal eine Stellungnahme zu hören.

Dann ist klar, wir müssen über das Thema Energiepreise reden. Da gibt es eine Menge Zuschüsse, eine Menge Bremsen, die eingelegt worden sind: Gaspreisbremse, Strompreisbremse. Da würde mich aus Sicht der Wirtschaft interessieren, wie das jetzt bewertet wird. Wir hören immer wieder von den Bäckereien, die ein besonderes Problem haben, weil sie doch sehr unter Druck sind. Eine ganz bekannte Bäckerei hat gerade gesagt, sie geht in die Insolvenz. Es war gerade ein Artikel im „Tagesspiegel“. Vielleicht können Sie dazu auch noch mal etwas sagen, was das Land machen müsste. Wir haben zum Thema Öl vom Senator entsprechend schon etwas gehört, und da würde mich auch noch mal generell vom Senat interessieren, wie das jetzt in der Zusammenarbeit mit dem Bund läuft, wie diese Mittel, die jetzt schon bewilligt sind, generell ankommen.

Dann das Thema Ersatzteile, Lieferketten: Was hat das für Auswirkungen auf die Handwerksbetriebe? Wie viel wird hier noch inländisch produziert, und wie viel wird aus China oder sonst wo importiert, und damit treten möglicherweise Probleme auf? Vielleicht können Sie dazu auch noch mal eine entsprechende Aussage machen. Ich höre sehr Unterschiedliches.

Das Thema Gewerberäume ist schon angesprochen worden. – Dann würde ich gerne noch etwas zum Vergabegesetz sagen. Wir haben hier schon mal eine Anhörung zu dem Thema gehabt. Der Senator kann vielleicht auch noch etwas dazu sagen. Ich weiß, dass CDU und FDP vor allen Dingen das sehr kritisch sehen. Ich glaube aber, die Kritik betrifft doch gar

nicht die Kriterien, die da im Einzelnen drin sind, die sind, glaube ich, alle zwingend, ob das ökologische Kriterien sind, Frauenförderplan und andere, sondern es geht doch vor allen Dingen um die Frage des Preises. Wir haben uns hier schon mal darüber unterhalten. Das Grundübel des Vergabegesetzes sind nicht die Kriterien, sondern ist der Zwang für die öffentliche Hand, dem niedrigsten Preis den Zuschlag zu geben, und damit wird auch so ein bisschen die Qualitätsdebatte – Frau Schreiner, Sie hatten das neulich, glaube ich, auch mal angesprochen – ausgeblendet. Da würde ich gerne die Stellungnahme von der Handwerkskammer und der IHK entsprechend zusätzlich hören und auch noch mal vom Senat, welche Bemühungen es gibt, dass man aus diesem Punkt mal herauskommt. Die Opposition argumentiert immer, dass es an den ganzen anderen Kriterien liegt, weil das alles sehr aufwendig ist. Ich glaube, das Problem ist einzig und allein, dass es immer der günstigste Preis sein muss. Vielleicht können Sie als Senat dazu auch noch mal Stellung nehmen. – Das soll es von meiner Seite aus sein. Dann wieder in die Rolle des Ausschussvorsitzenden zurück.

Vorsitzender Jörg Stroedter: Für die SPD-Fraktion, Frau Kollegin Dr. Czyborra, bitte sehr!

Dr. Ina Maria Czyborra (SPD): Herzlichen Dank, Herr Vorsitzender! – Wir haben eine ganze Menge darüber gehört, was wir als Parlament nicht tun sollen. Deswegen will ich doch noch mal versuchen, dem näherzutreten, was denn Ansätze staatlichen und politischen Handelns wären, um die Situation im Handwerk zu verbessern. Da hätte ich auf der einen Seite etwas allgemein gesprochen die Frage, ob staatliche Stellen, egal, mit welchen Sie zu tun haben, bis hin zu Finanzämtern, aber auch Wirtschaftsförderung usw., eher als Partnerinnen des Handwerks wahrgenommen werden mit einem großen Interesse, Betriebe in der Stadt zu halten und vielleicht auch bei der einen oder anderen Klippe behilflich zu sein, oder ob der Eindruck entsteht, dass sie sich doch oft als Gegnerinnen der Betriebe verstehen oder auftreten oder wahrgenommen werden.

Wo können wir eigentlich handeln in Bezug auf Gewerberäume? – Das sind natürlich vor allem bezirkliches Handeln, Bebauungspläne, der Wegfall von Gewerbeflächen, Umwandlung von kleinteiligem Gewerbe zu Büros oder bis hin zu Wohnen und damit Verdrängung. Das hat ganz viele Folgen, nicht nur das Gewerbe, Handwerk an den Stadtrand verdrängt wird. Das führt zu den langen Wegen für die Unternehmen, aber natürlich auch für die Kundinnen und Kunden. Wenn ich mir vorstelle, ich habe eine kleinere Tischlerei im Innenstadtraum, vielleicht in der Nachbarschaft, gehe ich eher dort hin und suche mir die individuelle Lösung, als wenn ich aus Berlin raus müsste, vielleicht in irgendwelche Gewerbeparks. Dann ist es vielleicht der Klick beim Internet auch für das Möbel, das dann nicht ganz so schön ist, auch nicht so gut passt und auch nicht so nachhaltig wieder aufgearbeitet wird. Dann wird eben weggeschmissen und neu gekauft. Das heißt, diese langen Wege, die entstehen, haben ihre Konsequenzen, und natürlich auch für die Frage, die eben angesprochen wurde, dass wir in Schulen auch noch alle Handwerksberufe intensiv vorführen oder ganz viele Praktika öffnen, ist schwierig. Es muss aber erlebbar sein. Es muss in der Nachbarschaft erlebbar sein. Junge Menschen müssen das sehen, dass es das gibt, und wenn es im Erleben gar nicht mehr da ist, dann wird es auch sehr schwer sein, das abstrakt zu vermitteln.

Ich habe mich eben auch wieder so ein bisschen darüber geärgert, dass Krokodilstränen vergossen werden über Verdrängung von Gewerbe und Handwerk, wenn gleichzeitig im Bund jedes Mal, wenn wir versuchen, Gewerberäume zu schützen, geschrien wird: Geht sowieso nicht, Grundgesetz, Verfassung, wir machen gar nichts. – Wenn man da den Eindruck hätte,

dass wir tatsächlich, wie es auch in anderen europäischen Ländern möglich ist, daran arbeiten, Gewerbe besser zu schützen, da wir wissen, unsere Städte brauchen das, die Menschen in den Städten brauchen das, die Unternehmen brauchen das, dann wäre da vielleicht schon ein bisschen was getan, aber da ist der Weg noch lang. Insofern kommt bei mir dann für staatliches Handeln nur die Idee: Wir müssen eben auch wieder mehr öffentliche Gewerbehöfe bauen. Wir müssen vielleicht auch in Gewerbegebieten höher bauen. Früher hatten wir diese schönen fünfstöckigen Gewerbehöfe. Wenn da ein guter Lastenaufzug ist, geht das auch für Tischlereien oder so etwas. Also höher bauen, öffentliche Gewerbehöfe anschaffen ist die einzige Idee, die ich habe, solange es uns nicht gelingt, das Gewerbe in privatem Besitz tatsächlich vor Verdrängung zu schützen.

Ich will noch mal auf die Frage Akademiker und Handwerk eingehen. Ich finde die Diskussion immer ein bisschen schräg. Wir haben Alterskohorten, die sind halb so groß wie die, die jetzt aus dem Arbeitsleben ausscheiden, und das heißt, wir haben in allen Bereichen des Arbeitsmarktes schwere Nachwuchsprobleme, und das gilt für akademische Berufe, für Ärztinnen und Ärzte, für Lehrerinnen und Lehrer, für viele, aber natürlich auch fürs Handwerk. Wir müssen da ansetzen, wo wir die jungen Menschen verlieren, die überhaupt nicht in einen Beruf kommen. Ich weiß, Herr Lundt ist ein leuchtendes Vorbild dafür, auch junge Menschen auszubilden, die nicht die Bestnoten haben. Vielleicht ist es aber auch ein bisschen eine Frage von Image.

Wir haben auf der einen Seite immer höhere Ansprüche im Handwerk. Wir haben neulich gehört zum Thema Vergabegesetz: Mädchen wollen keine Rohre schleppen. – Das ist aber schon wieder eine ganz alte Auffassung von Handwerk. Wir haben doch heute viel höhere Ansprüche an die Klimatechnik, viel mehr Innovationen, viel mehr Technologie, auch viel mehr Hilfsmittel und eine ganz große Veränderung im Handwerk, sodass ich denke, die Zusammenarbeit zum Beispiel der Hochschulen für angewandte Wissenschaften und dem, was dort erforscht und gemacht wird, mit dem Handwerk und eigentlich eine Verzahnung durchaus von dem, was akademisch ausgebildet wird. In anderen Ländern werden viele Berufe, die bei uns im dualen System ausgebildet werden, wofür wir sehr dankbar sind und was wir auch richtig finden, akademisch ausgebildet. Das heißt, diese Verzahnung und diese Zusammenarbeit, Transferinnovation auch ins Handwerk – ich war gerade in Adlershof –, Dünnschichtverfahren, neue Solartechnik, 3-D-Druck usw. usf. sind Sachen, die kommen, und wenn ich das stärker bewerbe, gerade auch diese Frage Klimaberufe und auch ein modernes Bild von Handwerk, können wir gut unterstützen als Senat und Abgeordnetenhaus, indem wir überlegen: Wie bekommen wir das besser zusammen? Wie bekommen wir dieses Berufsbild modernisiert? Wie bekommen wir Mädchen auch in Berufe, die bisher eher mit Schmutz im Gesicht und Schleppen verbunden waren, das aber vielleicht gar nicht mehr sind in dem Ausmaß, wo sich viel ausdifferenziert, wo sich viel verändert? Das sind, glaube ich, Dinge, wo wir unterstützen können, wo unser Senat auch schon viel versucht, aber vielleicht können wir da auch noch mal weiterkommen. Also, erstens, diese Frage: Wie bekommen wir Menschen ins Handwerk, die bislang Schwierigkeiten haben, überhaupt in Ausbildungen anzukommen? Darüber weiß Herr Lundt, glaube ich, einiges. Wie können wir aber auch andere, zum Beispiel junge Frauen, dafür begeistern, sich das zuzutrauen, und wie können wir unterstützen? Das wären meine Fragen. – Vielen Dank!

Vorsitzender Jörg Stroedter: Danke sehr! – Dann haben wir für Bündnis 90/Die Grünen den Kollegen Wapler. – Bitte sehr!

Christoph Wapler (GRÜNE): Von mir auch noch mal schönen Dank an alle Anzuhörenden! Ich glaube, es ist hier deutlich geworden, dass die Zukunftsfähigkeit eines starken Handwerks unser gemeinsames Interesse ist. Insofern wundert es mich zwischendurch schon mal, dass hier einige Kollegen schon den Bundestagswahlkampf eröffnet haben. Ich bin Ihnen, Herr Vagt, in diesem Zusammenhang auch dankbar, dass Sie die Situation der Hilfen, der Maßnahmen, der Entlastungspakete und wirtschaftlichen Abwehrschirme noch mal dargestellt haben, Gaspreisbremse, Strompreisbremse, Dezemberhilfen, und das, was da noch kommen soll. Vielleicht können Sie noch mal spezifizieren, wir wissen es ja noch nicht ganz genau, auch nicht, was jetzt noch vom Bund kommt, wo Sie Lücken sehen, gerade auch, was Herr Dr. King schon angesprochen hatte, es sind einerseits die Energiekosten, andererseits Materialmangel und auch gestiegene Materialkosten, weil wir dann quasi Berliner Hilfen schnüren müssen, und die werden dann nachrangig zu den Bundeshilfen sein müssen.

Ich will noch mal allgemein sagen, weil der Vorwurf „Wirtschaft gängeln“ angeklungen ist: Wenn wir hier von der Wirtschaft reden, dann meinen wir Unternehmen und Beschäftigte, und Vorgaben sozialer und ökologischer Art, die wir machen, zum Beispiel bei der Vergabe, sind Teil der Transformation, die wir angehen müssen. Wenn ich bei der Vergabe keine umweltfreundliche Beschaffung fördere, dann werde ich die Klimakrise weiter anheizen. Wenn ich keine Tariftreue und keine Tarifbindung bei den Unternehmen fördere, dann werden sie auch in Zukunft keine Fachkräfte finden. Das, was wir hier tun, ist tatsächlich Teil des Umsteuerungsprozesses, den wir vor uns haben, weil die Lage akut und dramatisch ist. Insofern muss ich auch Herrn Lundt kurz korrigieren. Das sind nicht die Grünen und ihre Klimaziele, sondern es sind unsere Klimaziele, nicht nur, weil es die Pariser Beschlüsse sind, sondern weil die Zukunft davon abhängt, in der wir alle zu leben gedenken. Und da sind wir uns einig, und da haben wir auch ein gemeinsames Interesse: Wir brauchen eine massive Ausbauoffensive bei Erneuerbaren, bei der Energiewende, beim Klimaschutz. Dieser Ausbaupfad wird entscheidend davon abhängen, welche Kapazitäten auch beim Handwerk bestehen. Insofern wollen wir, glaube ich, alle das Handwerk stärken. Ich glaube auch, dass die Handwerkskammer da eine wichtige Rolle spielt. Vielleicht können Sie das auch noch mal spezifizieren, wo Sie Ihre Rolle sehen auf dem Weg Berlins zur Klimaneutralität, insbesondere, auch das ist angesprochen worden, bei der Solarstrategie, wie wir gemeinsam mit Ihnen den Ausbau von Solaranlagen beschleunigen können.

Einer der wesentlichen Punkte ist der Fachkräftemangel. Wir sind schon dabei. Wir haben schon eine Menge gemacht an Angeboten und Förderprogrammen. Das ist alles noch zu wenig. Deshalb in dem Punkt auch an den Senat die Frage, wie der Senat hier den unterdurchschnittlichen Anteil an ausbildenden Betrieben in Berlin bewertet, denn wir sind immer noch unter dem Bundesdurchschnitt, was die Ausbildungsquoten in Betrieben angeht. Herr Czaja hat die Ausbildungsplatzumlage angesprochen. Ich frage: Was macht der Senat, um die Zahl der Ausbildungsplätze zu erhöhen und dem künftig dramatischen Fachkräftemangel entgegenzuwirken? Was hält er da für wesentliche Punkte? Wir diskutieren natürlich die Ausbildungsumlage im Fachausschuss für Integration, Arbeit und Soziales rauf und runter, aber natürlich würde mich die Position hier auch mal interessieren.

Das Thema Integration ist auch schon angesprochen worden. Darunter fallen auch Sprachkurse. Ich weiß nicht, ob dieses Thema auch bei der Handwerkskammer oder der IHK eine Rolle spielt, aber vielleicht können Sie da auch noch Ihre Integrationsanstrengungen schildern. Das

Ukraine-Beispiel ist genannt worden. Anerkennung nichtdeutscher Berufsabschlüsse ist auch ein Thema, das uns seit Jahren bewegt und wo man auch nach unserer Auffassung noch nicht allzu viel vorangekommen ist. Vielleicht können Sie da noch mal sagen, wo Sie da noch Defizite sehen.

Berufsorientierung: Was können wir machen? Wie kommen wir an Eltern, Lehrkräfte, Multiplikatoren unter den Schülerinnen und Schülern, um das Handwerk dann zum Beispiel auch in Gymnasien präsent zu machen, wo es manchmal auch eine gewisse Gegenwehr gibt? Das muss man auch feststellen.

Noch ein Punkt, auch weil ich mich mit Frau Dr. Schreiner in einer der letzten Sitzungen über das Thema Frauenförderung unterhalten hatte: Es geht insbesondere auch an Frau Kürschner und natürlich auch an die anderen. Wo sehen Sie Möglichkeiten, dass gerade Frauen ihre unternehmerischen Potenziale im Handwerk entfalten können? Was ist dafür zu tun? Gibt es da Netzwerke? Müssen da Netzwerke gebildet werden? Was ist mit dem Thema Vereinbarkeit von Familie und Beruf im Handwerk? Wie sehen da Ihre Erfahrungen aus? Das würde mich noch mal interessieren.

Ein letzter Punkt, der ist auch schon mehrfach angesprochen worden, zum Thema Flächen für Gewerbe und Handwerk. Die Frage richtet sich natürlich auch an den Senat. Die Feststellung ist völlig richtig. Gewerbemietrecht, das ist uns ins Stammbuch geschrieben, ist Bundesrecht, und da tut sich leider aufgrund des Einflusses der CDU, die FDP können wir, glaube ich, auch dazu nehmen, nicht das, was sich tun müsste, um tatsächlich Handwerksbetriebe und ihre Flächen effektiv zu schützen. Dennoch ist es erklärtes Ziel dieser Koalition, und deshalb würde mich vonseiten des Senats interessieren: Was plant die Senatsverwaltung, um dem Gewerbeflächenmangel einerseits entgegenzutreten und dann auch Gewerbeflächen fortzuentwickeln bzw. dann auch: Welche Planungen haben Sie für den landeseigenen Gewerbeflächenbestand? Das sind erst einmal die Fragen dazu, und, wie gesagt, danke an alle. Ich finde, es ist eine sehr gute Diskussion und gut, dass wir uns heute mit dem Thema beschäftigen.

Vorsitzender Jörg Stroedter: Danke sehr, Herr Kollege! – Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Dann gehen wir in die Beantwortungsrunde. – [Zuruf von Thomas Lundt (Kfz-Innung Berlin)] – Sie kommen noch dran, Herr Lundt, keine Angst! Es gibt eine Beantwortungsrunde. Da kommen Sie dann zu Wort. – Jetzt kommt erstmal der Senat dran und wird zuerst antworten und seine Stellungnahme abgeben. – Bitte sehr, Herr Senator!

Senator Stephan Schwarz (SenWiEnBe): Ich werde versuchen, mich kurz zu fassen angesichts der fortgeschrittenen Zeit. Ich möchte mich zunächst einmal ganz herzlich bei allen, die heute vorgetragen haben, bedanken, weil ich finde, Sie haben sehr direkt ein sehr klares und unvermitteltes Bild zur Lage des Handwerks gezeichnet. Ich glaube, das ist wichtig, das auch in den politischen Raum zu transportieren. Sie haben ein paar ganz wesentliche Themen angesprochen, wo auch in der Zusammenarbeit mit Politik die Situation im Handwerk weiter gestärkt werden kann. Das Handwerk kommt aus einer sehr schwierigen Situation. Das will ich hier auch noch mal sagen. Die Pandemie hat natürlich die gesamte Wirtschaft getroffen, aber das Berliner Handwerk wurde in einzelnen Bereichen extrem stark betroffen. Das haben viele vielleicht schon wieder vergessen. Denken wir an die körpernahen Dienstleistungen, an die Friseure, die teilweise gar nicht arbeiten durften während der Pandemie! Trotzdem ist es dem Handwerk insgesamt gelungen, sehr stabilisierend auf das gesamte wirtschaftliche Geschehen

in Berlin zu wirken. Berlin ist besser durch die Krise gekommen als die meisten anderen Bundesländer, als viele Großstädte in Deutschland. Ich glaube, das hat auch genau damit zu tun, dass wir ein sehr starkes Handwerk in der Stadt haben mit einer Struktur, wo wir viele kleine und mittelständische Unternehmen haben, die angesichts der Krise sich sehr flexibel auf die neue Situation einstellen konnten. Ich glaube, das ist eine sehr gute Botschaft. Das ist ein wichtiger Beitrag für die Stabilität unserer Stadt. Dafür noch mal an alle Innungen, Betriebe, an die Kammern, auch an die Zusammenschlüsse der Innungen ein ganz herzliches Dankeschön!

Das ist nicht nur ein wichtiger Beitrag für die wirtschaftliche Entwicklung. Das ist ein wichtiger Beitrag auch für den sozialen Zusammenhalt in unserer Stadt. Handwerk ist einer der großen Ausbilder in unserer Stadt. Die Ausbildungsleistung des Handwerks ist eine stabile Größe über Jahre hinweg, und das wäre nicht möglich ohne das persönliche Engagement der Meisterinnen und Meister, der Ausbilderinnen und Ausbilder in den Betrieben, aber auch der Innungen, wo wir sehr viele Menschen haben, die sich ehrenamtlich, gerade im Prüfungswesen, in der Fortbildung, in der Weiterbildung, in der Erstausbildung Tag für Tag engagieren. Ich glaube, das ist für viele nicht sichtbar. Deshalb ist es gut, dass heute darüber gesprochen wird.

Der Berliner Senat hat, Herr Altemeyer-Bartscher, Sie hatten darauf hingewiesen, eine Vereinbarung, das Aktionsprogramm Handwerk. Ich habe das früher immer auf der anderen Seite unterzeichnet und bin jetzt in der Situation, dass ich die Dinge, die ich damals gar nicht als Forderung, sondern als gemeinsame Vereinbarung mit dem Senat auf den Weg gebracht habe, heute umsetze. Nordrhein-Westfalen, ich gucke mir das gerne an, Frau Dr. Schreiner, aber in Berlin ist es zwar nicht im parlamentarischen Umfeld, das scheint in Nordrhein-Westfalen so zu sein, aber auf der Ebene der Umsetzung in der Exekutive ein sehr erprobtes Verfahren, und die Erfahrung in der Vergangenheit hat auch immer gezeigt, dass die Themen, die angesprochen worden sind, alles Themen sind, die wir heute besprochen haben, von Ausbildung bis hin zu Gewerbeflächen und Attraktivierung von handwerklicher Ausbildung – alles angesprochen und alles in der Umsetzung, und ich glaube, das ist auch wichtig, nicht als Forderungskatalog, sondern als gemeinsame Vereinbarung zwischen dem Berliner Senat und dem Berliner Handwerk. In Vorbereitung auf 2024 wird der Berliner Senat dann auch eine Fortschreibung machen. Ich denke, dass wir auch vieles – ich gehe noch mal im Einzelnen darauf ein – schon in der Umsetzung haben. Insofern auch noch mal vielen Dank! Ich sehe das Handwerk auch als einen wichtigen Partner von Politik.

Sie haben angesprochen, dass sich das Handwerk jetzt völlig neuen Herausforderungen – gerade aus der Krise herausgekommen – stellen muss. Das Thema Energie ist an erster Stelle, aber es gibt ganz andere Themen wie zum Beispiel die Frage der Stabilität von Lieferketten, die im Handwerk eine große Rolle spielt. Auch die Themen der Verschärfung der Fachkräfte, was nach Corona in vielen Branchen und vielen Betrieben auch noch mal sehr sichtbar geworden ist, wie schwierig es ist, junge Menschen in die Ausbildung zu bringen. Das ist keine Frage des Handwerks, sondern das ist ein allgemeines Thema in der Wirtschaft, dass die duale Ausbildung immer noch Schwierigkeiten hat, genügend Nachwuchs zu finden. Ich glaube, das ist eine gesellschaftliche Aufgabe, vor der wir stehen, immer wieder deutlich zu machen, dass eine gute duale Ausbildung, ob das im Handwerk oder im Bereich der IHK ist, eine wichtige Grundlage ist, um ein selbstbestimmtes Leben zu führen. Ich habe immer allen Lehrlingen und Azubis bei Beginn ihrer Ausbildung gesagt: Das ist sozusagen der Eintritt in ein wirtschaftlich selbstbestimmtes Leben, denn mit einer guten Ausbildung hat man die beste Versi-

cherung im Arbeitsmarkt gegen Arbeitslosigkeit. Deshalb ist es wichtig, dass wir weiterhin dafür werben.

Um auf die Herausforderung der Energiekrise zurückzukommen: Es gibt ein klares Bewusstsein in der Koalition in Berlin dafür, dass der Wirtschaft auch wieder etwas zurückgegeben werden muss, weil sie sich als so stabil erwiesen hat, weil sie so wichtig ist für die weitere Entwicklung in unserer Stadt mit all den Transformationsvorhaben, die diese Stadt hat. – [Zuruf von Michael Dietmann (CDU)] – Ich rede von der Koalition. Das haben Sie sicherlich auch verfolgen können. Ich rede vom Nachtragshaushalt, den diese Koalition gemeinsam auf den Weg gebracht hat. Man muss sich das mal vorstellen: Berlin hat in diesem Jahr, diese Koalition, und die Koalition ist noch nicht so alt, eine Dreiviertelmilliarde Euro auf den Weg gebracht, um die Wirtschaft in dieser schwierigen Situation zu unterstützen. Mir ist das von keinem anderen Bundesland so bewusst. Das zeigt auch noch mal sehr deutlich, welchen Stellenwert und welche Wertschätzung Wirtschaft in dieser Stadt hat. Also 330 Millionen Euro Neustart, und gerade die Branchen, die besonders betroffen waren von der Pandemie im Restart zu unterstützen. Ich glaube, das ist überwiegend gut gelungen, wenn man sich die Fakten anguckt. 3,7 Prozent Wirtschaftswachstum hatten wir in Berlin im ersten Halbjahr. Das liegt deutlich über dem Bundesdurchschnitt. Der lag bei 2,8 Prozent. Auch das dritte Quartal ist gut gelaufen. Obwohl wir jetzt in eine Krise kommen, sind wir relativ gut aufgestellt, um da reinzukommen. Und dann die 200 Millionen Euro, die der Haushaltsgesetzgeber genehmigt hat, um direkt die Berliner Wirtschaft, gerade die kleinen und mittelständischen Unternehmen, zu unterstützen, sind hier auch noch mal ein starkes Zeichen. – [Unruhe] – Ich hatte gerade ein Rauschen rechts von mir gehört.

Vorsitzender Jörg Stroedter: Das ist leider bei dem Ausschuss ab und zu so. – Sie haben das Wort!

Senator Stephan Schwarz (SenWiEnBe): Die Frage ist: Was wird jetzt konkret gemacht? – Das Erste ist, da waren wir auch das erste Bundesland, das das auf den Weg gebracht hat, konkrete Liquiditätsunterstützung. Wir haben ein 100-Millionen-Euro-Programm aufgesetzt. Ich sage immer: Das ist eine Brücke zu den angekündigten Hilfen aus dem Bund. Wenn Sie so wollen, sind auch die Gas- und Strompreisbremsen direkte Zuschüsse. Das sind Zuschüsse, von denen die Verbraucherinnen und Verbraucher und die Unternehmen direkt profitieren werden. Aber um diese Brücke zu schließen und Unternehmen, die aufgrund einer Vervier- oder Verfünffachung, was wir erlebt haben in bestimmten Branchen, der Energiekosten schlichtweg in Zahlungsschwierigkeiten kommen, um da eine schnelle Hilfe anzubieten, haben wir das Programm auf den Weg gebracht. Ich habe immer gesagt: Ich bin der glücklichste Mensch, wenn dieses Programm möglichst wenig genutzt wird, denn das zeigt, dass die Unternehmen noch in der Lage sind, diese Brücke selber zu gehen. Es ist aber ein Auffangnetz, und ich kann Ihnen sagen, dass das auch schon von Unternehmen genutzt wird. Es gibt schon knapp 30 Unternehmen, die hier im Verfahren sind. Wir reden jetzt über ein Volumen von knapp 7 Millionen Euro. Wir haben es auch noch mal bis Weihnachten verlängert, um den Unternehmen die Möglichkeit zu geben, auch schneller in Liquidität zu kommen.

Natürlich, Herr Altemeyer-Bartscher, wenn ich als Unternehmer gefragt werde, möchtest du lieber in einer schwieriger Situation einen Kredit, ein Darlehen haben, oder möchtest du lieber einen Zuschuss haben, können Sie sich ungefähr vorstellen, wie meine Antwort ist. So verstehe ich auch Ihr Petikum. Natürlich ist ein Zuschuss aus Sicht der Unternehmen immer zu be-

vorzugen. Wir müssen nur verantwortlich mit den am Ende immer begrenzten Mitteln umgehen und zielgenau da unterstützen, wo wirklich Hilfe notwendig ist. Wir wollen keine Geschenke verteilen, sondern wir wollen eine Stabilisierung der Berliner Wirtschaft, von der das Handwerk ein wichtiger Teil ist, leisten, nicht mehr und nicht weniger. Deshalb ist es wichtig, dass wir passgenau sind und nicht mit der Gießkanne verteilen.

Wir sind mit der Handwerkskammer im engen Austausch. Ich glaube, da haben diese Woche auch Gespräche stattgefunden. Ich hatte auch mit der Präsidentin darüber gesprochen. Wir sind auch mit der IHK im Austausch, wie wir diese Zuschussprogramme – Sie haben es gesagt, Herr Vagt. Die müssen um die Bundeshilfen herum auf den Weg gebracht werden, und um das zu tun, müssen wir jetzt abwarten, was Anfang Dezember entschieden wird. Wir sind aber alle drei als Partner, die beiden Kammern und der Berliner Senat, in der Lage, schnell zu reagieren und ein entsprechendes Zuschussprogramm für diejenigen, die besonders von Energiekostensteigerungen betroffen sind, auf den Weg zu bringen.

Ich würde jetzt noch mal das Thema Gewerbeflächen herauspicken, weil das auch – Frau Kürschner, wir hatten auch schon mal die Gelegenheit, bilateral darüber zu sprechen – ein Thema ist, das wir in sehr vielen Gesprächen mit der Kammer, mit den Innungen, mit einzelnen Betrieben auch immer wieder sehen. Wir haben da eine Entwicklung, die nicht gut ist in dieser Stadt, dass Gewerbe aus der Stadt, gerade kleine Unternehmen, die vielleicht nicht besonders zahlungskräftig sind aufgrund ihres Geschäftsmodells, schlichtweg verdrängt wird. Das ist eine Entwicklung, die erleben wir nicht nur in Berlin, sondern fast in allen Städten, nicht nur in Deutschland, sondern überall, wo wir eine wirtschaftliche Entwicklung haben, die wir wollen, aber die nicht zu Verdrängungseffekten führen darf.

Es ist bereits darauf hingewiesen worden: Berlin hat hier auch die Initiative ergriffen und in der letzten Legislaturperiode eine Bundesratsinitiative auf den Weg gebracht, die nun leider einfach nicht die Mehrheiten im Bund gefunden hat. Man sieht aber, glaube ich, dass das Land Berlin durchaus gewillt ist, regulierend in den Markt einzugreifen, um bestimmte Strukturen, diese berühmte Berliner Mischung, auch zu unterstützen. Nur dafür, das ist Bundesrecht, braucht man die entsprechenden Mehrheiten. Die sehen wir nicht und haben sie auch in der Vergangenheit nicht gehabt. Es ist aber bei Weitem kein Problem, das jetzt so einfach gestrickt wäre, dass es mit einer Lösung gelöst würde, sondern das ist durchaus ein vielschichtiges Problem.

Als Berliner Senat haben wir durchaus verschiedene Stellschrauben, um auf den Markt Einfluss zu nehmen. Das Wichtigste ist das Planungsrecht. Mein Haus kämpft auch innerhalb des Senats immer wieder, wenn Entscheidungen in dieser Konfliktsituation zwischen Wohnen, kultureller Nutzung, Sportnutzung und Gewerbenutzung getroffen werden, um jeden Quadratmeter Gewerbefläche in dieser Stadt – ob das im Planungsverfahren ist, ob sich das bei ganz konkreten Themen ankündigt, wenn es um Wohnungsbau geht. Welche Berücksichtigung findet Gewerbe? Da wird um jeden Quadratmeter gekämpft. Auch die Landeswohnungsunternehmen spielen als Stabilisator in dem Markt eine Rolle. Sie sind nämlich auch Vermieter von Gewerbeflächen und tun das durchaus zu akzeptablen Preisen.

Wir waren mal in der Situation, wo wir mit der GSG, die meines Wissens auch gemeinsam mit dem Handwerk vor vielen Jahren entstanden ist, einen guten Player hatten, um auch niedrige Gewerbemieten in der Stadt zu sichern. Die ist damals – das kann ich heute sagen – leider veräußert worden. Ich hätte so etwas heute gerne wieder. Das Angebot zu stärken, ist fast noch besser, als jetzt regulierend in den Markt einzugreifen. Wir sind dabei, so etwas wieder aufzubauen, nicht eine GSG, aber wir sind dabei, Flächen aufzubauen. Wir haben zum Beispiel in Marzahn demnächst einen Gewerbehof, der an den Start geht, gemeinsam mit der WISTA, also jetzt geplant wird. An den Start wird er wahrscheinlich in zwei Jahren gehen. Wir sind jetzt aber an einem Punkt, wo wir nach mehreren Voruntersuchungen auch den

Startschuss für dieses Vorhaben geben. Wir sind parallel dazu auf dem Weg, dass wir einen Standort für einen zweiten Gewerbehof finden. Der Standort steht noch nicht fest. Der Standort in Marzahn ist gerade entschieden worden. In unserem Aktionsprogramm Handwerk haben wir auch das Thema Gewerbeflächen adressiert. Es ist eine große Herausforderung. Man wird das nicht von heute auf morgen lösen können. Ich glaube aber, durch diesen Mix an Maßnahmen haben wir da auf jeden Fall den Weg in die richtige Richtung eingeschlagen.

Noch ein Wort am Schluss, Herr Vorsitzender, zum Thema, weil das hier auch mehrfach aufgerufen worden ist, Ausbildungsplatzumlage. Das ist jetzt nicht ein Thema, das in der Federführung meiner Verwaltung liegt, aber wir sind natürlich da auch in einem engen Austausch mit der Verwaltung SenIAS. Ich habe demnächst einen Termin mit meiner Kollegin Kipping. Meine Haltung dazu ist, dass wir ein paar exzellente Beispiele dafür haben, dass eine Ausbildungsplatzumlage sehr gut funktionieren kann. Eine Vertreterin einer solchen Branche sitzt heute bei uns am Tisch, nämlich Frau Dr. Schreiner. Das, was die Fachgemeinschaft Bau, und zwar als Branche in der Partnerschaft mit ihren Sozialpartnern, über Jahrzehnte praktiziert, ist vorbildlich. Das funktioniert hervorragend. Deshalb sage ich auch immer: Jede Lösung, die man hier präsentiert, muss eine Lösung sein, die mit den Branchen gemeinsam entwickelt wird, denn das ist der Beweis, dass es funktioniert. Ich glaube nicht, dass eine allgemeine Ausbildungsplatzabgabe funktionieren kann. Es gab mal die Diskussion vor 15 Jahren oder noch länger, ob man bundesweit eine allgemeine Ausbildungsplatzabgabe einführt. Man hat sich dann, glaube ich, aus sehr guten Gründen dagegen entschieden. Ich kann auch die Motivation verstehen, das sagen mir auch viele Handwerksbetriebe, dass sie sich darüber ärgern, dass sie selber eine große Ausbildungsleistung erbringen und ihnen dann die Azubis von denen weggeschnappt werden, die sich in dem Bereich überhaupt nicht engagieren. Das heißt, da muss eine Lösung her. Ich glaube, man muss aber sehr genau hinschauen, wie diese Lösung ausgestaltet wird. Ich würde immer davon abraten, das gegen die Branchen zu machen, sondern ich würde immer dazu raten, das gemeinsam mit den Branchen zu entwickeln. Wie gesagt, es gibt sehr gute Beispiele. Die muss man sich sehr genau angucken, und dann wird man auch gute Lösungen finden, aber bitte nicht gegen die Branchen. – Herzlichen Dank!

Vorsitzender Jörg Stroedter: Vielen Dank, Herr Senator! – Dann gehen wir jetzt in die Antwortrunde der Anzuhörenden und beginnen wieder mit Herrn Dr. Altemeyer-Bartscher. – Bitte sehr!

Dr. Martin Altemeyer-Bartscher (Handwerkskammer): Vielen Dank, Herr Vorsitzender! – Ich habe mit großem Interesse gelauscht. Es waren wirklich sehr interessante Beiträge, sehr wichtige Beiträge, die von Ihnen kamen. Ich glaube, hier nenne ich noch mal das Aktionsprogramm Handwerk – Herr Schwarz hat es schon genannt –, da sind sehr viele von diesen Themen verortet, die Sie genannt haben. Viele von diesen Themen werden in den kommenden Jahren noch mal an Brisanz gewinnen. Wir haben viele Aufgaben vor uns: die Energiewende, das Einstellen auf das New Normal. Der Fachkräftemangel wird zunehmen, wird sich verschärfen.

Bezugnehmend auf die Frage: Wie sieht es aus mit den Materialengpässen? – Die spielen natürlich immer noch eine Rolle. Mit Interesse beobachten wir, es gibt vom ifo-Institut diesen Material-Engpass-Index. Man sieht da sehr schön, die Engpässe sind in vielen Bereichen noch immer sehr stark, aber es entzerrt sich langsam. Es gibt aber einen anderen Engpass, der gleichzeitig zunimmt, und das ist der Fachkräfteengpass. Wir laufen von einem Engpass in

den anderen. Deswegen, Ihre Punkte, die Sie genannt haben in Bezug auf Bildungspolitik, in Bezug auf Förderung des Handwerks, Berufsorientierung, ich glaube, da muss man an der Stelle in der nächsten Zeit und sehr schnell etwas umsetzen und auch noch mal zusätzlich umsetzen. Es gibt schon viele Programme und Projekte, aber hier bedarf es noch mal einer zusätzlichen Initiative.

Ja, ich habe gesagt, es braucht jetzt auch direkte finanzielle Unterstützung. Ich fand aber, die Kammer hat es sehr positiv bewertet, dass es schon sehr früh, da muss man sagen, da war Berlin eine Avantgarde, ein 100-Millionen-Euro-Darlehensprogramm gab. Das war, glaube ich, auch ein gutes Signal an die Unternehmen: Hier wird etwas getan. Hier wird der Liquiditätengpass, der bei den Unternehmen entsteht, wahrgenommen, und das wird auch als Problem wahrgenommen. Hier versucht man auch auf Landesebene, stabilisierungspolitische Maßnahmen umzusetzen. Das ist, glaube ich, ein guter Punkt gewesen. Ich würde sagen: Für jedes Problem eine Maßnahme. Es gibt andere Probleme, ich habe sie eben geschildert, und dafür braucht es andere Maßnahmen, und für diese Probleme, die ich eben geschildert habe, passt wahrscheinlich ganz gut eine direkte finanzielle Unterstützung, die schnell fließen kann, gerade vielleicht auch vor März, um hier Unternehmen eine Planungssicherheit zu geben, gerade Unternehmen, die stark belastet sind, um hier auch eine Ruhe reinzubringen. Wir haben viele Zukunftsprojekte genannt. Wir müssen ganz schnell in die Situation kommen, dass wir über diese Zukunftsaufgaben sprechen und nicht über diese Krisensituation. Wir müssen also diese Krise oder diesen Kliff, den man im Moment hat, schnell überwinden, dass wir dann über die großen Zukunftsthemen sprechen können.

Es wurde angesprochen: Gibt es eine gute Zusammenarbeit zwischen staatlichen Stellen, der Verwaltung und dem Handwerk? – Ich glaube, die Klammer ist das Aktionsprogramm Handwerk. Überall da, wo es hakt, sollte das als Projekt in das Aktionsprogramm einfließen, integriert werden. 2024 wird ein neues Aktionsprogramm erstellt. Ich glaube, das ist eine gute Möglichkeit, die aktuellen Themen, die wir gerade genannt haben, hier auch aufzunehmen. Es gibt viele kumulierte Belastungen. Wir reden hier über höhere Energiepreise, die wahrscheinlich auch langfristig höher sind. Es gibt andere Belastungen, die wir schon seit vielen Jahren spüren. Gerade vor der Coronakrise hatten wir mehr oder weniger zehn Jahre Aufschwung, und da ist die eine oder andere Belastung vielleicht gar nicht so richtig zutage getreten: die Schwierigkeiten, was Gewerbeimmobilien betrifft, die Schwierigkeiten auch in anderen Bereichen, auch vielleicht, was bürokratische Belastungen betrifft. Und jetzt, in dieser Zeit, wo viele Dinge teurer geworden sind, wo die Energiepreise höher geworden sind, wo das Konsumklima nachlässt, da werden diese Belastungen stärker sichtbar. Deswegen müssen wir an dieser Stelle auch noch mal darüber nachdenken: Wie kann man an diesen Stellen das Handwerk entlasten? Deswegen ist es auch sehr gut, dass heute schon dieses Thema auf die Tagesordnung gekommen ist, dass man früh darüber diskutiert, dass wir schon früh die Probleme erkennen, identifizieren und Lösungen dafür entwickeln. Das ist vielleicht erst einmal der ganz wesentliche Punkt. Für die konkreten Themen würde ich meinen Nachrednerinnen und Nachrednern ein bisschen Raum lassen. – Vielen Dank!

Vorsitzender Jörg Stroedter: Vielen Dank! – Als Nächste, Frau Kürschner, bitte!

Jule Kürschner (Tischleria GmbH): Ich habe ein bisschen Schwierigkeiten, die Fragen in der Reihenfolge oder wie auch immer zu beantworten. Es gab einmal die Frage nach der Coronazeit und wie wir als Betrieb das überstanden haben. Wir waren als Tischlerei nicht wirklich

von einer Betriebsschließung betroffen, das heißt, wir konnten weiter arbeiten. Wir mussten uns auf die Bedingungen einstellen, und wir mussten uns mit den Ängsten der Mitarbeitenden auseinandersetzen. Ich glaube, dass es im Handwerk sehr viele Betriebe gibt, die erstmal versuchen, in Eigenleistung mit den Problemen umzugehen. So haben wir es zumindest gemacht. Wir haben keine Hilfen beantragt und das dann selber gestemmt. Aber diese Zeiten, wo wir dann nicht arbeiten konnten, weil es Coronafälle oder angstbedingte Ausfälle gab, kosten einen Betrieb wie unseren, in der Art, wie wir arbeiten, ein, zwei Monate, wo wir wenig produktiv arbeiten, und es dauert ein Jahr, das wieder reinzuwirtschaften, was in der Zeit an Verlusten auftaucht. Das ist auch das, dass wir in der Zeit keine Rücklagen bilden konnten, die wir jetzt dringend brauchten, um einen Umzug zu meistern, der uns hoffentlich noch bevorsteht, wenn wir etwas finden. Das sind dann Probleme, die in Folge auf uns zukommen.

Die Frage zu den Frauen im Handwerk und wie wir da vielleicht mehr – – Ich denke, dass es darum geht, dass wir da auch mehr Sichtbarkeit schaffen können und Vorbilder brauchen. Ich kann nur sagen, dass es da natürlich auch Vorbehalte gibt und dass ich aus unserer Perspektive sagen kann: Wir können als Tischlerei mit acht Frauen genau die gleichen Dinge machen wie eine andere Tischlerei auch. Wir bauen auch Küchen, bauen die ein und tragen die Sachen durch die Gegend. Dann ist es eine Frage der Technik und der Einstellung, wie man sich den Arbeitsalltag gestaltet. Da würde ich mir mehr Sichtbarkeit wünschen, und dafür wäre natürlich auch wieder das Thema Gewerberäume in der Stadt und mehr Sichtbarkeit vom Handwerk hilfreich.

Zu den vielen Äußerungen, wie wir mit der Gewerbesituation umgehen, habe ich ein bisschen Schwierigkeiten mit dem: Wir fangen jetzt an, vielleicht in Zukunft neue Gewerbehöfe zu bauen. – Zum einen hilft es natürlich all den Betrieben nicht, die jetzt keine Flächen mehr haben, und zum anderen frage ich mich, wie wir mit Neubau bezahlbare Flächen schaffen sollen. Wie gesagt, für uns, wenn wir beim jetzigen Marktpreis sind, sind 7 Euro richtig viel Geld. Wenn die Sachen, die neu gebaut werden, dann in drei, vier, fünf oder zehn Jahren fertig sind und dann 15 Euro kosten, dann sehe ich nicht richtig, wie das stemmbar ist. Wir als Betrieb bilden aus. Wir tun auf der Ebene alles, was wir wollen und können, aber wir würden das Geld, das wir uns erarbeiten, lieber in die Ausbildung investieren oder in die vernünftige Bezahlung von Mitarbeitenden als in noch teurere Gewerbeflächen. Wenn dazu kommt, was wir an Geld in die Hand nehmen müssen, um überhaupt einen Umzug zu bewerkstelligen, der nicht darin besteht, dass wir einfach nur sieben Schreibtische in einen anderen Raum stellen, sondern diesen Raum auch erschließen müssen – mit dem Geld für einen Umzug und dem Geld für die höhere Miete könnten wir auch einen Arbeitsplatz schaffen, womit der Stadt mehr Dienst getan wäre. An der Stelle glaube ich, dass wir auch gucken müssen, wie wir bestehende Gewerbeflächen erhalten und möglicherweise auch über eine Querfinanzierung nachdenken. Ich glaube eben nicht, wenn wir jetzt irgendwo neu bauen, wo dann unten Gewerbe und oben Wohnraum ist, dass wir da bezahlbare Flächen für produzierendes Gewerbe schaffen. Beim Mietmarkt ist meine Erfahrung auch nicht, dass durch den Bau neuer Flächen billigere alte Flächen freiwerden. Da bin ich sehr skeptisch, wie das zu bezahlbaren Flächen führen soll.

Wir beteiligen uns bisher nicht an Vergabegeschichten, weil uns das zu viel bürokratischer Aufwand ist, weil wir wissen, wenn wir etwas zu der Qualität und dem ökologischen Anspruch, den wir an unsere Arbeit haben, anbieten, dass wir mit dem billigsten Preis nicht mit-

halten können, und dann brauchen wir auch gar nicht erst anzufangen, uns den bürokratischen Hürden zu stellen.

Eine Sache, die ich auch gerne noch hätte, ist, dass es nicht nur darum geht, dass wir die akademische Ausbildung der dualen Ausbildung gegenüberstellen, sondern dass wir grundsätzlich allen Berufen mehr Wertschätzung entgegenbringen, also dass es nicht nur darum geht, dass Handwerk mehr Wertschätzung braucht gegenüber der akademischen Ausbildung, sondern dass alle Berufe, mit denen wir jeden Tag zu tun haben, eine Wertschätzung brauchen und dass wir dem grundsätzlich mehr Wertschätzung entgegenbringen.

Vorsitzender Jörg Stroedter: Vielen Dank für Ihre Beantwortung! – Dann kommen wir als Nächstes zu Herrn Lundt. – Sie haben das Wort!

Thomas Lundt (Kfz-Innung Berlin): Noch mal grundsätzlich: Wir sitzen hier zusammen, was ich auch gut finde. Ich bin ein Riesenfußballfan. Deutschland hat heute gespielt und verloren. Es ist nicht so wichtig, aber ich bin dennoch heute gerne hierhergekommen und finde hier hoffentlich auch Gehör. Erst mal sollten wir uns darüber im Klaren sein, dass wir zurzeit oder heute hier aktuell von zwei Themen reden. Das eine Thema ist die Rettung bzw. Überlebenschance unseres Handwerks durch Maßnahmen, die getroffen werden und getroffen werden müssen, sollen und können. Das andere, das ich eigentlich für viel wichtiger halte, so es erfolgreich abgeschlossen ist, ist die Zukunft unseres Handwerks, und da ist eine ganze Menge Dinge zu tun. Zur Zukunft unseres Handwerks gehört natürlich, die Attraktivität des Handwerks zu steigern. Die Kammer macht seit fünf oder sieben Jahren eine Riesenkampagne mit sehr schönen Sprüchen. Einen, den ich besonders gut leiden kann, ist: Er wollte etwas mit Handwerk machen, bis er mit seinen Eltern gesprochen hat. – Das ist eigentlich ein bezeichnender Satz. Die Attraktivität dahin gehend sollten wir auch schon mal penetrieren, und ich wünsche mir von der Politik auch mal Aussagen dazu, und zwar klare Aussagen.

Ein Thema, das mich persönlich seit Jahren schon ärgert, ist die Tatsache, dass wir bei uns im Laden immer eine Ausbildungsquote von mindestens 25 bis 30 Prozent haben. Wir haben von 2015 bis jetzt vier Geflüchtete aus dem Nahen Osten zu deutschen Handwerksgesellen gemacht und noch einen weiteren, der nebenbei gelaufen ist und sich eine Menge selber beigebracht hat, also sehr erfolgreiche Geschichten. Die Jungs sind jetzt große Stützen meines Unternehmens, muss ich ganz ehrlich mal sagen. Die fallen nicht auf die Knie und bedanken sich, sondern die leisten tolle Arbeit, arbeiten hervorragend. Sie verstehen sich alle ganz prima, obwohl sie aus verschiedenen Ländern kommen. Hin und wieder haben wir auch noch einen Israeli bei uns als Nebenarbeiter in seiner Studienpause. Bei mir klappt der Nahe Osten. Das ist kein Problem.

Jetzt zum Thema Ausbildungsabgabe: Ich ärgere mich jedes Mal, wenn ich als Obermeister angerufen werden von Kollegen: Haste nicht, haste nicht, haste nicht? – Meine erste Frage ist dann immer: Hast du ausgebildet? – Nein! – Dann bist du bei mir an der falsche Stelle. – Da bin ich ganz hartnäckig. Ich bin uneingeschränkt für eine Ausbildungsabgabe. Der Hauptgrund, warum die damals nicht geklappt hat, war der öffentliche Dienst, denn die haben sich ganz stark aus der Ausbildung herausgezogen, und die hätte es am meisten getroffen. Deswegen ist das nicht durchgegangen. Ich finde, der Fairness halber, und wir erleben das immer wieder, sollten die Leute, die sich nicht um ihre eigene Zukunft kümmern, dafür bezahlen.

Das ist für mich eine ganz klare Sache, und ich würde das uneingeschränkt unterstützen, lieber Sebastian, obwohl wir Parteifreunde sind.

Jetzt kommen wir noch mal zu den Grünen: Wir als Kfz-Handwerk sind seit Jahrzehnten eigentlich federführend im Umweltschutz. Wenn ich überlege, dass wir 98,5 Prozent der Schadstoffe aus den Abgasen herausgeholt haben durch Technologien, die wir heute haben, dann spricht das dafür. Niemand von uns zweifelt die Pariser Klimaziele an. Das Einzige, was wir anzweifeln und wo wir Kritik üben, ist der Weg dahin. Und Ihr Weg dahin, das sage ich Ihnen ganz klar, ist, erstmal alles kaputthauen, und dann sehen, was übrigbleibt. Wenn ich mir das hier in Berlin angucke, sind Sie durch Ihre Verkehrspolitik extrem verantwortlich für einen riesengroßen CO₂-Ausstoß, nämlich durch die Staus, die dadurch verursacht werden. Ob das jetzt die richtige Politik ist, autofeindliche Maßnahmen zu machen und den Autofahrer zu stigmatisieren, ihn nicht mal zu fragen im Individualverkehr, ob er zur Verkehrswende mal etwas sagen darf, er muss ja nichts mitbestimmen, ist keine Politik. Die ist für mich nicht tragbar. Wenn Sie der Meinung sind, dass das eine schöne Sache ist, dass sich die Leute festkleben und andere Leute ihre Flüge verpassen, ihren Auftrag oder fahren gar nicht mehr zum Kunden, dann ist das eine Riesenleistung, muss ich mal sagen. Wie gesagt, wir stehen zum Klimaschutz. Wir stehen auch zur Sicherheit der verschiedenen Verkehrsarten. Wir sind dafür, dass die Fußgänger geschützt sind und auch die Radfahrer geschützt werden müssen. Das ist überhaupt keine Frage. Dagegen hat niemand etwas. Aber die Art, wie gesagt, wie es gemacht wird, ist einfach mal daneben.

Zu der Gewerbeparkplatzgeschichte, die in Paris nach Ihren Aussagen stattfinden soll. – Das finde ich eine wunderbare Idee, dass man in jeder Straße vier oder fünf Plätze macht, die von 7 bis 18 Uhr für den gewerblichen Verkehr da sind, dann aber auch ohne Parkplatzabgabe, und von 18 bis 7 Uhr früh für den Privaten. Dann hat derjenige, der um 18 Uhr nach Hause kommt, auch eine Chance, einen Parkplatz zu finden. Tolle Idee und eigentlich ziemlich einfach umzusetzen, das als kleiner Tipp für den Senat!

Jetzt habe ich noch eine praktische Idee. Uns ist bekannt, alle wollen Abi machen und dann anfangen zu studieren, und die Abbrecherquote liegt bei 30 Prozent. Wohin gehen die? Das ist eine Riesfrage. Die wenigsten kommen auf die Idee, von selbst mal zu sagen: Na ja, zwei Semester von dem Studiengang bringt mir nichts, ist mir auch zu doof. – Die wenigsten gehen hin und suchen sich einen Ausbildungsplatz. Ich hätte da eine Idee aus der Praxis, warum man nicht an unseren wunderbaren Universitäten eine kleine Stelle macht, ein Büro, und jemanden dort hinstellt, der eine Beratung für die Studierenden macht, die dann sagen: Mensch, das ist doch nicht das, was ich gerne möchte. Könnt ihr mir helfen, wo es denn hinführen könnte? – Ich denke, das wäre eine praktische Lösung, die relativ simpel und einfach umzusetzen ist, möglicherweise mit der Agentur für Arbeit.

Dann haben wir noch Corona. Ich gehöre auch zu den Geimpften. Ich hoffe, dass das jetzt so weitergeht mit den Entwicklungen, die wir in Berlin haben, und dass das irgendwann mal eine Krankheit ist wie jede andere, ein Schnupfen oder was weiß ich, wie dem auch sei.

Zum Thema Raum und Gewerbeflächen möchte ich daran erinnern, dass der Senat mal in seinen Fundus gucken sollte, wie viele Flächen landeseigen sind, wo die Leute noch nicht mal auf die Idee gekommen sind, die in solche Flächen umzuwandeln. Das geht besonders an unseren Wirtschaftssenator. Guckt mal hin, wie viele Sachen da sind, Gebäude die leer stehen

und nicht genutzt werden, Flächen, die genutzt werden könnten, wo die Stadt von sich aus Flächen generieren könnte, die auch für einen normalen kleinen Handwerksbetrieb zu bezahlen sind.

Zu den Vergaberichtlinien kann ich nichts sagen, weil wir uns in meinem Betrieb gar nicht damit auseinandersetzen können, müssen, wollen. Ich habe sehr viele Kunden, die auch Gewerbetreibende sind bzw. Handwerksunternehmen. Tenor ist: Nein, brauche ich nicht mehr. Senat, mache ich nicht. Da gebe ich nicht mal ein Angebot ab. Ich habe genug Arbeit woanders. – Und eines Tages, wenn das so weitergeht, stehen wir da, und kein öffentliches Gebäude kann mehr gebaut werden, jedenfalls nicht von Kleinen und Mittelständischen. – Ich danke für die Aufmerksamkeit und hoffe, dass ich etwas angeregt habe.

Vorsitzender Jörg Stroedter: Vielen Dank, Herr Lundt! – Frau Dr. Schreiner, dann haben Sie das Wort!

Dr. Manja Schreiner (Fachgemeinschaft Bau Berlin und Brandenburg e. V.): Vielen Dank! Ich würde gerne am Anfang auf Herrn Schwarz rekurrieren. Sie hatten gesagt, das Aktionsprogramm Handwerk ist ein guter Anfang. Das finde ich auch. Das, was mir sehr wichtig wäre, ist, dass das, was wir heute hier beginnen, was nur ein ganz kleiner Ausschnitt ist, breiter ins Parlament kommt. Ich glaube, das sind nun mal die gewählten Volksvertreter, und wenn das jeder ein bisschen in seinen Wahlkreis mitnimmt und jeder ein bisschen mehr Verständnis in dem ganzen Bereich Handwerk hat durch diese sehr kontinuierliche Zusammenarbeit, dann ist das ganz bestimmt noch mal ein Mehrwert.

Die Azubiumlage, Sie haben sie angesprochen, gibt es im Bau seit 1976, und das ist so aufgebaut, dass alle gemeldeten Bauunternehmen in Berlin so eine Abgabe an die Sozialkasse leisten und das dann an die Unternehmen ausgekehrt wird, die ausbilden. Die können dadurch für einen Auszubildenden bis zu 38 000 Euro für die Ausbildung erstattet bekommen. Da mehr Betriebe einzahlen, als für die Ausbildung genutzt wird, bleibt sogar noch etwas übrig für Projekte wie beispielsweise „Startklar für Ausbildung“, dass sich die Jugendlichen ein halbes Jahr ausprobieren können: In welches Bauhandwerk will ich denn jetzt gehen? – oder Nachhilfeprojekte. Auch darüber hinaus kann man sehr spezifisch das, was für den Bedarf notwendig ist, davon bezahlen.

Nun darf man natürlich nicht dem Irrtum unterliegen, dass das die Ausbildungsbereitschaft enorm verbessern würde. Sie haben hier 2 200 Bauunternehmen, und in Berlin bilden genau 220 Unternehmen aus. Das heißt, Sie haben eine Quote von 10 Prozent. Das ist nicht höher als sonst irgendwo, wo es keine Azubiumlage gibt. Trotzdem ist es in unserem Bereich tatsächlich sehr etabliert, aber auch deshalb, weil ganz klar ist, dass es wirklich nur und unmittelbar unserer Branche hilft. Ansonsten könnte man es überhaupt nicht durchsetzen. Also nicht in irgendein Säckel einzahlen und irgendwelche Projekte daraus machen, die irgendwo im Nirwana versanden, sondern es geht ganz konkret um eine finanzielle Unterstützung der Unternehmen, und das ist etabliert.

Herr Gräff, mir ist die Idee gekommen – die kam hier auch schon mal –, dass Handwerkerhöfe mehr gefördert werden müssen. Ich habe tatsächlich die Erfahrung gemacht, als wir etwas entwickeln wollten, dass der Bezirk durchaus sehr dankbar war, als wir das machen wollten. In anderen Bezirken war das aber nicht so. Ich glaube, Handwerkerhöfe statt Büroräume zu fördern, ist der Ansatz. Denn die Büroräume bringen einem Investor – egal, ob es wir sind, die bauen wollen, oder ob es irgendein anderer ist – einfach mehr Rendite. Das ist zu erkennen und zu sagen: Da ist eine Förderlücke. Ich habe jetzt auch Investoren am Ostkreuz, wie gesagt, die auch einen Handwerkerhof bauen wollen. Aber die brauchen ein bisschen mehr Unterstützung. Die brauchen wirklich eine Förderung. Darauf muss vielleicht noch mal ein Auge gelegt werden.

Sie hatten danach gefragt, welche Handwerker außer den Bäckern noch betroffen sind. Die Konditoren sind natürlich sehr ähnlich betroffen, ansonsten sind die Werkzeugmacher, die gesamte metallverarbeitende Branche, die Textilreiniger, also alle, die mit Chemie zu tun haben, vielfältig betroffen. Zum Bau kann ich sagen, dass die Betriebe meistens nicht ganz so betroffen sind, außer im Straßen- und Wegebau. Durch die Maschinen, die sehr viel Energie fressen, sind die jetzt bei uns am meisten betroffen.

Ansonsten war Ihre allgemeine Frage, wie man bei der Energiekrise hier in Berlin ganz konkret unterstützen kann. Ich glaube, der Umbau der Netze hier bei den großen Versorgern ist ein großer Punkt, sowohl im Hinblick auf die Klimaanpassung bei den Berliner Wasserbetrieben als auch wenn wir über den Glasfaserausbau oder einen Gasersatz durch Wasserstoff oder alternative Instrumente wie Geothermie und Biomasse reden. Für alles brauchen Sie die Infrastruktur. Die Genehmigungsverfahren dauern viel zu lange. Das, was auf der Bundesebene versucht wird, schon seit einiger Zeit ein Beschleunigungsgesetz hinzukriegen, ist im Prinzip auch hier wirklich das Gebot der Stunde.

Herr Dr. King, Sie haben gefragt, wie man vielleicht auch private Investoren noch mal – – Ich finde, man muss mit denen noch mal ins Gespräch kommen. Es wird immer so ein bisschen pauschal gesagt, die privaten Investoren gucken nur auf ihre Rendite. Aber die wollen ja bauen. Jeder Investor, der nicht auf Bodenspekulation setzt, sondern sein Geschäft in der Projektentwicklung sieht, will bauen. Deswegen würde ich sagen, da ist vielleicht noch mal mehr Mut notwendig, um auf die Investoren in den Bezirken zuzugehen, auch auf die privaten Grundstückseigentümer, und zu gucken, dass man mit denen ganz konkret etwas verhandelt und ihnen eine Perspektive aufzeigt, mit so einer Fördermaßnahme beispielsweise für Handwerkerhöfe gepaart. Ich glaube, dann wird es für einen Investor attraktiv. Mehr zu reden ist, glaube ich, angezeigt.

Eine Frage ging in die Richtung, warum der Bau solche Hilfsprogramme, beispielsweise von der IBB, nicht wahrnehmen kann. Im Bau ist es so, dass wir nicht so stark betroffen sind, deswegen nehmen wir die Hilfsprogramme nicht so stark an, auch bei Corona haben wir sie nicht so stark gebraucht. Aber wir sind trotzdem durch die Materialpreise enorm betroffen. Das geht anderen Gewerken auch so. Das eine ist der Betrieb, den du irgendwie betreiben musst, du hast ein Gebäude, das natürlich beheizt werden muss, wie bei jedem anderen. Was in der Kette bei den Handwerkern ankommt, ist die Lieferkette. Der Hersteller, der Zwischenhändler, alle machen Energiekosten drauf. Da wird dann ein richtiger Batzen auf der Rechnung mit Energiekosten ausgewiesen. Das heißt, wir sind nicht unbedingt die ursprüngliche Quelle, kriegen aber sehr viel über die Lieferkette ab. Das wird in diesen Förderprogrammen gar nicht abgebildet.

Sie haben den Materialmangel angesprochen. Der ist immer noch immens, aber es ist nicht mehr das Thema, dass man das nicht mehr geliefert kriegt. Ich nehme jedenfalls wahr, dass die Lieferketten zwar gestört sind, es aber eigentlich doch noch irgendwie geht. Das Problem sind eher die Preise. Baustahl lag vor der Coronakrise bei 400 Euro je Tonne, lag dann zwischenzeitlich am Anfang des letzten Jahres, als der Ukrainekrieg begonnen hat, bei 1 200 Euro, ist inzwischen wieder auf 900 Euro gefallen. Wir kriegen ihn also, weil alternative Stahlproduktionen hochgefahren wurden, aber es ist alles eine Frage des Preises, weil die Wege wesentlich weiter sind.

Zum Thema von Herrn Schulze, Parkplätze reduzieren: Ja, indem man Alternativen im Quartier schafft. Bei der Neuplanung von Quartieren muss man gleich über Quartiersparkhäuser etc. nachdenken. Ansonsten würde ich sagen, Vorrang für den Wirtschaftsverkehr ist notwendig. Der Wirtschaftsverkehr muss Vorrang vor dem Privatverkehr haben, denn ohne den geht es am Ende wirklich gar nicht.

Ansonsten gibt es noch ein Problem, Herr Schulze, worüber ich heute Morgen gerade gelesen habe. Das IW Köln hat eine große Erhebung deutschlandweit gemacht, dass vier von fünf Unternehmen die Infrastruktur und die Störungen der Infrastruktur beklagen. Das ist für Berlin auch ein großes Problem. Straßen und Brücken – gerade die Brücken – sind in Berlin so marode, dass sie teilweise für den Schwerverkehr gesperrt werden müssen. Das gibt natürlich immense wirtschaftliche Schäden. Das, was Herr Lundt gesagt hat, dass die Kollegen aus Brandenburg nicht mehr in die Stadt reinkommen, ist bei mir ganz genauso. Die fahren teilweise nicht mehr in die Innenstadtbezirke und versuchen, solche Aufträge zu vermeiden.

Wie ist die Zusammenarbeit mit der Bildungsverwaltung? – Es gibt einen Austausch. Aus meiner Perspektive würde ich sagen, das größte Problem ist, dass wir die duale Ausbildung in der Arbeitsverwaltung aufgehängt haben, und die Berufsorientierung dahin führend ist in der Bildungsverwaltung. Aus meiner Perspektive läuft das des Öfteren nicht besonders rund. Bei der Anerkennung von Berufsabschlüssen weiß die Handwerkskammer im Zweifel mehr die Zahlen, weil sie die Anerkennungen durchführt. Ich kann nur sagen, im gewerblichen Bereich, auf dem Bau kommen keine an. Wo hin und wieder jemand zu finden ist, der eine erfolgreiche Anerkennung hinter sich hat, ist eher im Bereich Bauingenieurwesen oder Architektur. Da findet man tatsächlich mal jemanden, der darauf zurückgreifen kann.

Die Flüchtlingsintegration im Bau ist relativ schwierig gewesen. Es haben mehrere Unternehmer versucht. Sprachprobleme wurden hier mehrfach angesprochen. Sprachkurse wären

also wirklich essentiell. Unsere Berufsschule für den Bau hat zum Beispiel gesagt, sie könne gar keine Sprachkurse mehr anbieten, sie habe dafür gar kein Lehrpersonal. Deswegen haben wir auf dem Lehrbauhof reagiert und die Sprachkurse selbst angeboten. Das ist zwar nicht unsere originäre Aufgabe, aber was soll man machen? Wenn es keiner macht, muss es halt angeboten werden. Wir haben es dann einfach angeboten und haben Sprachkurse begleitend gemacht. Es ist für Unternehmer aber ein Riesenaufwand, weil die mathematischen und Grundkenntnisse oftmals leider fehlten. Deswegen muss ich konstatieren, dass das leider nicht besonders gut geklappt hat, obwohl wir auf dem Lehrbauhof einen sehr hohen Migrationsanteil haben, der bei über 50 Prozent ist. Aus der Flüchtlingswelle 2015 konnten wir leider nicht so viel unterstützen.

Herr Czaja hat gefragt, wie groß die Fachkräftelücke ist. Im Bau wird sie in Berlin auf 4 000 Fachkräfte geschätzt. Wenn Sie sehen, dass bei uns im Jahr 300 erfolgreich aus der Ausbildung abgehen, dann ist klar, dass wir das nicht decken und die Lücke schon gar nicht schließen können. Wenn man sich die Altersstruktur im Bau anguckt, wird das nicht besser. Im Gesamthandwerk, muss ich sagen, sind wir mit knapp 10 000 Auszubildenden pro Jahr im Handwerk sehr gut dabei und durchaus besser als in manchem Industriebetrieb. Aber letztendlich stimmt das, was Herr Lundt gesagt hat. Viele beschwerten sich, dass sie nach der Ausbildung weggehen. Das ist tatsächlich so, wenn bei größeren Unternehmen mehr Geld geboten wird.

Da jetzt keiner von den Praktikern etwas zu den Vergaben sagen konnte, will ich noch einmal kurz dazu etwas sagen. Der größte Punkt ist, glaube ich, der Frust, wenn man merkt, man hat sich diesen ganzen Aufwand gemacht und kann trotzdem niemals gewinnen, weil man immer höhere Preise hat. Ich würde aber dem Vorsitzenden widersprechen wollen, dass dieser bürokratische Aufwand schon zu machen ist. Der ist definitiv nicht einfach mal zu machen. Diese 120 Seiten, die ich beim letzten Mal in der Anhörung mit hatte, schrecken einfach ab.

Die Zahlungsmoral des öffentlichen Auftraggebers – Sie fragten es, Herr Czaja – ist nach unserer Erfahrung so, dass Zahlungsziele im Moment bei 30 bis 40 Tagen liegen. Insgesamt sind unsere Bauunternehmer recht zufrieden mit der Zahlungsmoral. Eine unrühmliche Ausnahme bilden die Berliner Wasserbetriebe als landeseigener Betrieb, die die Rechnungen durchaus sehr stark verschleppen.

Sie hatten die Oberstufenzentren angesprochen. Bei den Oberstufenzentren ist es so, dass dort eine überbetriebliche Ausbildung angeboten wird. 172 Auszubildende werden dort jedes Jahr überbetrieblich ausgebildet, obwohl die Baubranche händeringend Azubis sucht. Das gehört für mich ganz oben auf die Skala, die es abzuschaffen gilt. Das war in einer bestimmten Zeit, als der Bau nicht ausbilden konnte, noch sehr notwendig und löblich. Aber man hat es verpasst, die Kapazitäten zurückzufahren. Das kostet den Steuerzahler übrigens wirklich jede Menge Geld und schafft eine Konkurrenz zur betrieblichen Ausbildung.

Dann gab es das Thema Schreiben, Lesen, Rechnen. Ja, da gibt es Riesendefizite. Es wird eigentlich von jedem bestätigt, dass es wirklich an der Grundbildung fehlt. Deshalb bieten wir Nachhilfe bei uns an, jetzt neuerdings ab dem ersten Lehrjahr. Man nimmt sie direkt aus der Ausbildung raus und beschult sie in einer Dreiviertelstunde in allem, was die Grundrechenarten angeht. Das scheint mir jetzt ein ganz erfolgreiches Konzept zu sein. Das in Beantwortung Ihrer Frage.

Es gab die konkrete Frage, Herr Hansel, zum Belastungsmoratorium. Stoppen Sie die Tariftreue! Da können Sie gleich am 1. Dezember anfangen. Dann kommen nämlich die Ausführungsvorschriften raus. Die Landesbauordnung wurde zurückgestellt. Das ist auch genau richtig so. Auch da waren wieder massiv Teuerungen und eine Verkomplizierung drin. Eine Azubiabgabe ist sicherlich keinen Schnellschuss wert. Das kann man nicht von jetzt auf gleich machen. Auch da gilt: Qualität vor Schnelligkeit. Darüber hatte ich schon gesprochen.

Sie, Herr Stroedter, und auch Sie, Frau Czyborra, hatten gefragt, wie man die Ausbildung sonst noch fördern kann. Ich finde, die Berufsorientierung kann man gar nicht oft genug erwähnen. Die muss auch an den Gymnasien Einzug halten, weil wir auch dort merken, dass das Studium nicht immer das Richtige für die Jugendlichen ist. Deshalb gehört die Berufsorientierung auch ans Gymnasium. Ansonsten könnten Sie Azubiwohnheime mehr unterstützen, denn das ist ein großes Thema. Studenten brauchen natürlich auch ihre Wohnung, genauso aber auch die Azubis. Wir wollten beispielsweise ein Azubiwohnheim bei uns auf dem Lehrbauhof bauen. Gerade das Land Berlin hat uns die Förderzusage dafür versagt.

Es wäre sicherlich gut, Imagekampagnen des Handwerks zu unterstützen. Die Senatsbauverwaltung ist dabei ganz löblich. Wir haben eine Imagekampagne für das Bauhandwerk aufgelegt, die von der Senatsbauverwaltung unterstützt wird. Ansonsten sind auch Handwerksmessen sehr wichtig. Die Bautec gibt es leider nicht mehr. Man muss sich dazu noch mal Gedanken machen. Aber auch jeder Abgeordnete in seinem Wahlkreis, finde ich, kann Multiplikator für das Handwerk sein und dort zur Imagebildung beitragen.

Ein Empfang bei der Regierenden Bürgermeisterin ist eine gute Idee für das Handwerk, finde ich, auch für die Besten des Handwerks oder auch, hier im Abgeordnetenhaus solche wertschätzenden Maßnahmen einzuführen.

Frau Czyborra, zur Wahrnehmung der Behörden: Das ist von Bezirk zu Bezirk ganz unterschiedlich, teilweise von Bearbeiter zu Bearbeiter unterschiedlich. Aber der Fall ist, dass unterschiedlich in der Wertigkeit bearbeitet wird. Der eine findet den Lageplan für die Verkehrszeichen richtig, und der Nächste – kannst du direkt daneben legen – sagt: Nein, dies passt mir nicht und das passt mir nicht. – Es ist also keine Einheitlichkeit im Verwaltungshandeln.

Zum Thema, wie man auch in der Schule zum Handwerker nebenan gehen kann, fiel mir auf: Meine Tochter hat letzte Woche einen Projekttag gehabt. Und was hat sie gemacht? – Sie ist mit der Klasse zusammen in die Turnhalle gegangen. Das sind genau diese Punkte. Wir müssen viel mehr suchen, und es muss meines Erachtens viel mehr in die Lehrerköpfe rein, dass solche Projektstage dazu da sind, dass die Schüler auch mal die Welt draußen kennenlernen und natürlich auch mal in einen Handwerksbetrieb reingehen. Wir haben mit den Sozialpartnern jetzt eine Bauwerkstatt gegründet, wo die Kinder schon in der fünften und sechsten Klasse zu uns kommen können, um einfach mal Bau zu erfahren.

Dann noch mal zum Thema Frauenquote, das ist ja irgendwie mein Lieblingsthema. Ich weiß gar nicht, warum Sie sich an dieser Frauenquote im Bau immer so festbeißen. Man darf mit einem Image nicht vorspiegeln, dass es einfach ist. Bei aller Liebe und aller Digitalisierung und Technisierung darf man den jungen Leuten nichts Falsches vorspiegeln. Es ist nun mal

so, dass unsere Leute im Bau spätestens mit 55 kaputte Knochen haben. Das hat einen Grund. Ich kenne keine Frau, die das freiwillig macht. Ich gehe mit, wenn Sie sagen, das können Unternehmerinnen sein. Das ist nämlich auch so. Die Bauingenieurinnen gründen auch, die können ein Unternehmen führen. Aber es gibt keine Frauen, die gerne dahin wollen, wie Sie es beschrieben haben. Wenn Sie welche kennen, wäre ich froh, und wir würden sie gerne mit Kuschhand nehmen. Schicken Sie Ihre Töchter zum Bauhof? Wir nehmen wirklich jeden gerne, aber ich glaube, das ist verschwendete Energie an der falschen Stelle. Wir brauchen im gewerblichen Bereich keine Frauenquote und sollten uns darüber, ehrlich gesagt, nicht zu viele Gedanken machen. Die Abbruchquote wird am Ende nur höher.

Dann, Herr Wapler, noch zur Transformation der Wirtschaft: Sie sagen, das macht sich zum Beispiel am Vergaberecht fest. Ja, aber es müssen trotzdem realistische Vorgaben sein. Es nützt nichts, nur die Vision im Kopf zu haben, sondern sie muss auch umgesetzt werden können. Wenn die Realität Sie am Ende abstrahlt, ist niemandem geholfen. Ich würde immer sagen: Rennen Sie nicht erst mit den Ideen los, sondern ziehen Sie die Branchen vorher rein! Die Verbändeanhörung, die immer schriftlich passiert, ist nicht das Richtige. Sie müssen, bevor Sie Initiativen politischer Art starten, erst mal mit der Branche sprechen. Ich glaube, das ist vielleicht der Schlüssel für alles, weil am Ende gut gemeint nicht immer gut gemacht ist. Die Stimme der Praxis ist, glaube ich, doch öfter mal hilfreich.

Jörg Stroedter (SPD): Vielen Dank, Frau Dr. Schreiner! – Dann zum Abschluss Herr Vagt.

Henrik Vagt (IHK): Herzlichen Dank! – Ich werde auch noch mal zu den umfangreichen Fragen Stellung nehmen. Das war ja fast ein Ritt durch den gesamten Koalitionsvertrag. Das einzige Thema, das mir gefehlt hat, war die Friedrichstraße. Ich mache es jetzt nicht auf. Ich will versuchen, so präzise wie möglich auf die Fragen zu antworten. Ich habe das mal in fünf Blöcke gegliedert: Energie, Fachkräfte, Gewerbeflächen, Materialien und Rohstoffe, Vergaberecht. Ich versuche, so präzise wie möglich darauf einzugehen.

Ich fange mal mit dem Thema Energiehilfen an. Herr Wapler, Herr Gräff, Herr King, Sie hatten die Fragen gestellt, was jetzt eigentlich noch passieren muss, wie die aktuellen Hilfen vom Bund und vom Land aktuell zu bewerten sind und wo es noch hingehen muss. Fangen wir mal mit den Bundeshilfen an! Ich hatte vorhin schon gesagt, dass ich die Strompreisbremse und auch die Gaspreisbremse im Grundsatz in ihrem Umfang für geeignet und die Instrumente für richtig halte. Das heißt natürlich nicht, dass damit alle Härtefälle ausgeglichen sind. Gerade wenn die Preise durch die Gaspreisbremse mit 80 oder 70 Prozent, je nachdem, welcher Gruppe Sie angehören, auf einen Wert gedeckelt sind, der ohnehin schon höher liegt als vor dem Krisenniveau, dann heißt das, dass Sie den Rest auf dem Markt finanzieren müssen, und das ist für viele Betriebe momentan eine große Belastung. Das wird Härtefälle erzeugen. Es wird nicht jeder Betrieb dort aufgegangen werden können, wo er jetzt vielleicht ist. Aber grundsätzlich geht es in die richtige Richtung.

Was dennoch zu kritisieren ist, gerade mit Blick auf die Strompreisbremse und die Gaspreisbremse, ist, dass leider bestimmte Fragen weiterhin unbeantwortet bleiben. Das ist insbesondere beim Thema Melde-, Berichts- und Prüfpflichten sowohl bei der Gaspreis- als auch bei der Strompreisbremse, das betrifft auch die Planungssicherheit, der Fall. Insbesondere bei der Strompreisbremse ist es so, dass die, anders als die Gaspreisbremse, bis Ende 2023 befristet ist, was aus unserer Sicht auf jeden Fall noch zu korrigieren ist. Dann gibt es eine ganze Reihe

von Konditionierungen beziehungsweise Anforderungen an die Betriebe, die jetzt von den Bremsen profitieren, die zum Beispiel Transformationspläne und Arbeitsplatzgarantien umfassen, die für viele Betriebe im Mittelstand, die jetzt schwer in der Krise stehen, schwer zu erfüllen sind. Da gibt es also gerade bei diesen Themen noch das eine oder andere nachzubessern.

Bei den Liquiditätshilfen im Land Berlin, insbesondere dem genannten IBB-Programm, das Herr Schwarz eben noch mal skizziert und gesagt hat, dass es von einer Reihe von Betrieben angenommen wird, sehe ich drei Themen, die dort dafür sorgen können, dass eventuell weniger Betriebe, als man ursprünglich angenommen hatte, das in Anspruch nehmen. Das eine ist, was ich vorhin schon eingangs gesagt hatte, dass eine Verdopplung der Energiekosten von 2021 auf 2022 vorliegen muss. Das Zweite ist, dass dieser bereits mehrfach in anderen Gesprächen thematisierte Sanierungsplan vorgelegt werden muss. Das Dritte ist, dass die Betriebe bei einer Laufzeit von über 18 Monaten automatisch als Unternehmen in Schwierigkeiten gelten, worauf dann weitere Bankkredite oder Förderprogramme schwierig zu erreichen sind. Zu den Möglichkeiten bei den Härtefällen hatte Herr Altemeyer-Bartscher schon ein bisschen ausgeführt.

Zum zweiten Punkt, den Fachkräften: Herr Wapler, Herr Schulze, Herr Czaja und Frau Czyborra hatten das Thema angesprochen. Vor allem stand die Frage im Raum: Können wir eigentlich mit dem akuten Fachkräftemangel, den wir haben und der sich noch ausweiten wird, die großen Transformationsprogramme, die wir als Gesellschaft haben, überhaupt bewältigen? Man kann grundsätzlich erst mal antworten: Es wird sehr schwer. Wir sehen in den bundesweiten Statistiken, dass wir nur dann unser Fachkräftepotenzial überhaupt halten können, wenn wir das Migrationsangebot deutlich ausweiten und mehr Menschen in Arbeit bringen. Das ist momentan erst mal nicht absehbar, deswegen gehen wir von einer Fachkräftelücke von über 400 000 Personen bis 2035 aus. Diese Lücke müssen wir aber in irgendeiner Weise schließen, weil wir natürlich sonst das wirtschaftliche Wachstum in dieser Stadt so nicht fortsetzen können. Das gilt dann auch für die Klimaberufe, die wir jetzt angesprochen haben, die übrigens nicht nur im Handwerk liegen, sondern natürlich auch in anderen Bereichen. Wenn man sich zum Beispiel die Berufsgruppen anguckt, die relativ den höchsten Fachkräfteengpass haben, dann sind das zum Beispiel die technischen Forschungs-, Entwicklungs-, Konstruktions- und Produktionssteuerungsberufe mit einer hohen Qualifikation. Das sind zum Teil auch IHK-Berufe. Es geht durch die gesamte Wirtschaft hindurch, dass wir bei den Klimaberufen ein großes Problem bekommen können.

Die Lage auf dem Ausbildungsmarkt ist aus meiner Sicht erst mal so schlecht nicht. Wir sehen bei den Betrieben, dass sie weiterhin eine hohe Ausbildungsneigung haben, trotz der Krisen, die sie in den letzten Jahren durchlaufen haben. Die Verträge werden sehr lange gehalten, auch in den Krisenzeiten. Wir hatten zu Beginn des Ausbildungsjahres noch 6 000 unbesetzte Ausbildungsstellen. Deswegen haben wir immer noch eine hohe Ausbildungsneigung. Was nicht funktioniert, ist das Matching. Die Betriebe haben es sehr schwer, Auszubildende zu finden. Das ist aus unserer Sicht weiterhin das größte Problem auf dem Ausbildungsmarkt, für das im Übrigen auch eine Ausbildungsplatzumlage keine Verbesserung verspricht. Dieses Problem, dass die Betriebe nicht die richtigen Bewerberinnen und Bewerber für ihre Plätze finden, verfolgt uns jetzt seit einigen Jahren und verschlimmert sich zusehends, weil die Lage auf dem Ausbildungsmarkt, besonders was die Qualität der Bewerberinnen und Bewerber angeht, zu schlecht ist. Das haben auch die aktuellen Trends in der Bildungspolitik gezeigt,

dass es hier an Grundqualifikationen der Bewerberinnen und Bewerber fehlt. Wir sehen, dass ein Drittel der Unternehmen in die Nachhilfe von Bewerberinnen und Bewerbern geht. Das belastet die Betriebe natürlich erheblich.

Dritter Punkt, Gewerbeflächen und Verkehr, nenne ich das mal, weil das Thema Lade- und Lieferzonen hier auch zur Sprache kam: Herr Gräff, Herr King und Herr Schulze hatten das angesprochen. Die Situation ist definitiv so, dass wir das, was wir an Gewerbeflächen in der Stadt haben, dringend sichern müssen. Wir haben hier das Thema Gewerbemietpreisbremse gehört, was aus unserer Sicht das aktuelle Problem nicht lösen wird. Insofern halten wir auch die Vorstöße auf der Bundesebene dazu nicht für die richtige Lösung. Der Gewerbemarkt ist mit dem Wohnungsmarkt insofern nicht vergleichbar, weil er viel heterogener ist, was die Herausforderungen angeht, als der Wohnungsmarkt, und die Probleme können deshalb nicht mit ähnlichen Instrumenten bewältigt werden.

Was jetzt aktuell im Stadtentwicklungsplan Wirtschaft läuft, ist, dass es dort vor allem darum geht, Industrie- und Gewerbeflächen zu sichern. Aus unserer Sicht gibt es drei Punkte, die man beim Thema Gewerbeflächen insbesondere in den Blick nehmen sollte. Das erste Thema ist, eine Übersicht über Flächenpotenziale zu erstellen. Die zweite Aufgabe ist, Flächenpotenziale planerisch zu sichern. Das Dritte ist, abgestimmte Entwicklungskonzepte zu erarbeiten.

Auf das Thema Laden und Liefern will ich auch noch kurz eingehen. Ja, das kann man machen, sodass es funktioniert. Dann muss man aber die Betroffenen vor Ort auch mitnehmen. Das ist die große Herausforderung. Das passiert oft noch zu selten. Wir haben einige Beispiele in der Stadt, wo es nicht gelungen ist, den Stadt- bzw. Straßenumbau so zu gestalten, dass die Betroffenen mitgenommen werden, dass die Gewerbetreibenden vor Ort mitgenommen werden. Herr Schulze hatte die Frage gestellt, ob das dann überhaupt geht oder ob man gegebenenfalls dann den privaten Verkehr einschränken muss. Frau Schreiner hatte darauf bereits geantwortet. Es wird sicherlich nicht ohne gehen. Denn wenn man Flächen wegnimmt, muss irgendjemand Flächen verlieren. Der Wirtschaftsverkehr darf es definitiv nicht sein. Wenn man das richtig anpackt, kann es funktionieren. Es ist aber nicht einfach, und es erfordert eine sehr systematische und kluge Vorgehensweise, die sehr lokal abgestimmt sein muss.

Wir haben das mit der Umweltverwaltung vor einiger Zeit gemacht. Wir haben uns gemeinsam für die Grunewaldstraße in Schöneberg angeschaut, wo Lade- und Lieferzonen hingebaut werden können, wie man diesen Straßenraum umgestalten muss. Wir haben dort sehr intensiv mit den Gewerbetreibenden vor Ort zusammengearbeitet, wir haben sie in die Diskussion einbezogen. Wir haben konkret überlegt, wohin Lade- und Lieferzonen können und wo es passt. So muss man da herangehen. Wenn man eine Straße einfach nur sperrt oder andere Zonen einrichtet, Radwege einrichtet, ohne sich darüber intensiv Gedanken zu machen, dann funktioniert es definitiv nicht.

Vierter Punkt, Materialmangel: Herr King hatte es angesprochen. Darauf nur eine kurze Antwort. Ich würde sagen, das ist ein nachgeordnetes Problem gegenüber den anderen Problemen, die wir gerade haben. Wir sehen, dass die Rohstoffpreise steigen und dass die Unternehmen das als zunehmendes Risiko bewerten. Im Vergleich zu den anderen Risiken ist es allerdings deutlich abgemildert. Das Problem ist aber da, und es steigt auch. Ich würde es aber als nachrangiges Problem bezeichnen.

Zum letzten Punkt, dem Vergaberecht, möchte ich kurz etwas sagen. Herr Stroedter, Herr Wapler und Herr Hansel hatten dazu Fragen gestellt. Es ist sicherlich richtig, was Herr Wapler gesagt hat, dass auch die Transformation über das Vergaberecht mit gelenkt oder zumindest mit gestaltet werden kann. Das Problem sind oft nicht zwingend die Kriterien als solche, sondern es ist auch der Umgang mit den Kriterien und die Frage, wie man Nachweise über diese Kriterien gestattet. Es schafft immer wieder neue Probleme. Ich will mal ein Beispiel aus dem Bereich Mindestlohn nennen. Es ist natürlich nachvollziehbar, dass man in der öffentlichen Vergabe einen Mindestlohn einfordert. Aber was mache ich zum Beispiel mit einem Betrieb, der Bestandsverträge, auch mit öffentlichen Unternehmen, über den alten Mindestlohn hat und gleichzeitig Aufträge über den neuen Mindestlohn hat, der Mischkalkulationen vornehmen muss, weil dieselben Leute sowohl in den alten, aber auch in den neuen Aufträgen unterwegs sind? Wie berechne ich das eigentlich? Wie gehe ich mit solchen Problemlagen um? Das schafft immer wieder neue Probleme. Wenn die Betriebe dann auf die öffentlichen Auftraggeber zugehen und sagen, wir müssen eigentlich denselben Mindestlohn machen, wird wiederum abgeblockt. Dasselbe ist es bei den Nachweispflichten zum Beispiel im Bereich Umweltschutz oder Frauenförderung, weil wir das eben hatten. Da geht es nicht nur um die Kriterien als solche, sondern ganz oft um das Thema, wie ich das nachweise, wie bürokratisch ich das nachweisen muss, wann ich es nachweisen muss und welche Nachweise akzeptiert werden. Da fehlt es uns oft noch an der nötigen Flexibilität auch aufseiten der Vergabestellen.

Dann kam noch die Frage, wie wir mit den Kosten umgehen. Ist der billigste Anbieter immer der beste? Welcher sollte ausgewählt werden? Das Thema „Total Cost of Ownership“, also Lebenszeitkosten, Gesamtkosten einer Vergabe in den Blick zu nehmen, ist eines, das uns von den Betrieben immer wieder gespiegelt wird, dass die gesamten Lebenszykluskosten eines Auftrags oder Produkts zu oft nicht in den Blick genommen werden und das in der öffentlichen Vergabe stärker berücksichtigt werden sollte. – Vielen Dank!

Vorsitzender Jörg Stroedter: Vielen Dank auch an Sie! – Dann sind wir jetzt um 17 Uhr eigentlich am Ende der Sitzungszeit. Herr Wapler, Sie hatten sich aber noch mal gemeldet. Halten Sie das aufrecht? – Dann, bitte!

Christoph Wapler (GRÜNE): Ein Satz, weil ich quasi angesprochen worden bin, an Herrn Lundt. Ich glaube, die Kfz-Innung und auch die Kfz-Betriebe haben sich eigentlich schon auf den Weg der Mobilitätswende begeben. Deshalb, glaube ich, müssen wir diese Grabenkämpfe gar nicht mehr führen, sondern meines Erachtens ist es wichtig, dass wir uns mit der Frage befassen, welche Fahrzeuge in Zukunft handwerksgerecht sind und wie das Handwerk die Verkehrswende für sich nutzen kann. Darüber diskutiere ich gerne weiter mit Ihnen.

Vorsitzender Jörg Stroedter: Vielen Dank! – Dann würde ich jetzt die Anhörung schließen wollen. – Das ist der Fall. Dann darf ich mich erst mal sehr herzlich bedanken. Wir werden wie immer den Besprechungspunkt vertagen, bis das Wortprotokoll vorliegt und ausgewertet werden kann. Ich darf mich bei allen Anzuhörenden bedanken, dass sie heute hier waren – [Allgemeiner Beifall] – und bereit, uns hier intensiv für Antworten zur Verfügung zu stehen. Vielen Dank und gute weitere Termine am heutigen Tag!

Punkt 5 der Tagesordnung

Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs
**Entwicklung der Gewerbeimmobilien in Berlin –
Verdrängung oder Berliner Mischung?**
(auf Antrag der Fraktion der CDU)

[0010](#)
WiEnBe

Siehe Inhaltsprotokoll.

Punkt 6 der Tagesordnung

Antrag der Fraktion der FDP
Drucksache 19/0586
**Strategie für Rechenzentren entwickeln –
Digitalstandort Berlin stärken**

[0088](#)
WiEnBe

Vertagt.

Punkt 7 der Tagesordnung

Verschiedenes

Siehe Beschlussprotokoll.